

**BIBLIOGRAPHIE**

Bücher:

Revolution und Konterrevolution in Chile - Analysen zu einem Lehrstück  
Hrsg.: Michael Eschenhagen, Schöningh Luchterhand 142, 1974, 9,90 DM

Sergio Villalón, Das Stadion, Augenzeugen über den Terror der Junta in Chile  
Verlag Neues Leben (DDR), in der BRD: Weltkreis - Verlag,  
Dortmund, Brückenweg 16, 166 Seiten, 35 Fotos, 2,50 DM

Broschüren:

Der Putsch in Chile - Vorbild oder Warnung für die Bundesrepublik?  
Schriftenreihe des "Pressedienst Demokratische Aktion" Nr. 17, 1,50 DM  
5 München 2, Münzstr. 3

Ist Chile bei uns möglich? Antifaschistische Arbeitshefte des Röberberg  
Verlags Nr. 10, 5 Frankfurt, Schumannstr. 56, 2,50 DM

Der Charakter der chilenischen Revolution, Chile: Kampf gegen Imperialismus  
und Kapitalismus in: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1, Feb. 74, 4,- DM  
Hrsg: IOW Über: Verlag KÖBI KG, 68 Mannheim, Sandhofer Straße 29

Chilenische Lehren mit Dokumenten der linken Bewegung in Chile  
Hrsg: Spartacus-GL Über: G. Pfau, 7 Stuttgart-30, Triebweg 25 3,- DM

Chile nach dem Putsch, Analysen und Dokumente zum Putsch und Widerstand  
Hrsg: GIP/IKL (Schweiz) Über: ISP-Verlag, 2 HH-19, Hochallee 21 2,- DM

Chile vom 'friedlichen Übergang' zur faschistischen Militär-Diktatur  
Hrsg: NE Nord 3. neünderte u. erweiterte Auflage, Über: Verlag J. Neents,  
2 HH-13, Rutschbahn 35 4,- DM

Chile - Volksmacht im Gesundheitswesen  
Hrsg: Chile-Komitee Freiburg, KHG u.a. Über: G. Hegelmaier, 76 Freiburg,  
Tenzlerstr. 4 2,- DM

rote chile-Wille, RH-INFO 4, 26.2.1974, Nürnberg/Fürth/Erlangen  
Hrsg: ROTE WOLFE, 912 Erlangen, Postfach 2649

Rote Hefte, Kritisches Forum Winterthur: Die Chile-Bewegung in Winterthur  
Nr. 1, Feb. 74

Chile finnis Nr. 4, Feb. 74  
Hrsg: Chile Solidarity Campaign, 129 Seven Sister Road, London N.7. 10pence.

El fusilamiento de Chile in: Transformaciones en el Tercer Mundo Nr. 23, Feb. 74  
Hrsg: Centro Editor de América Latina S.A., Buenos Aires, Rincón 57

Testimonios de la lucha Chile, Brasil, Uruguay  
Boletín del Comité de solidaridad en la lucha de los pueblos latinoamericanos  
Buenos Aires, Thomas 2472, Nr. 2, Jan. 74

**CHILE NACHRICHTEN**

NUMMER 14

20.3.1974

WESTBERLIN

**Ein halbes Jahr "Entpolitisierung"**

Am 11. März, ein halbes Jahr nach dem Sturz der Regierung Allende, hat der Vorsitzende der Militär-Junta, General Pinochet, festgestellt, daß das Land inzwischen "völlig entpolitisiert" sei, und dies als den wichtigsten Erfolg der Junta gefeiert. Wie schon häufiger vorher hat er klargemacht, daß die Junta nicht daran denkt, in den nächsten Jahren die Macht wieder an eine zivile

**INHALT:**

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE

- Ein halbes Jahr "Entpolitisierung" 1
- Wirtschaftspolitik der Junta 2
- "Lafienproble" der Junta 17
- DIMA: Spezialisten zur Repression 19
- Theologie des Massakers 21
- PERU, ETC 21
- Erklärung des KAPU 31
- Erklärung des P.C. 36
- CHILE UND LATEINAMERIKA
- BR, ELN, MIR, TUPA-KATARI 38
- Argentinien: Situation der Chile-Flüchtlinge 42
- CHILE UND DIE BRD
- CDU-Politiker sammeln für Junta 43
- Menschen und Gorillas 50
- ANZIE: Solidaritätskampagne 53
- Öko-Peason: Solidarität mit Chile 56
- Ein Stundenlohn für Chile 57
- CHILE-KAMPAGNE IN DER SCHWEIZ 59
- INFORMATION 54
- BIBLIOGRAPHIE 62
- REDAKTIONSNACHRICHTEN 63



Regierung zu übertragen. Die Isolierung der Junta im Lande selbst ist inzwischen so weit fortgeschritten, daß sie sich tatsächlich nur an der Macht halten kann, wenn sie von vornherein jede Bestrebung, die zu einem Machtwechsel führen könnte, zu unterdrücken sucht. Die "Entpolitisierung" wird gewährleistet durch die Aufrechterhaltung des inneren Kriegszustandes, des Belagerungszustandes, das Verbot jeder politischen Tätigkeit und die Beibehaltung des nächtlichen Ausgangsverbots, das man mit Rücksicht auf die argentinischen Touristen verkürzt hatte, von dem aber Pinochet meint, daß es nach der Saison durchaus auch wieder verlängert werden könnte, denn die Nacht sei "die Verbündete der Extremisten". In einem Interview mit der brasilianischen Zeitschrift "Veja" sagte er am 19. Februar wörtlich: "Die Stunde ist gekommen, daß Chile ein Reinigungsbad nimmt", das Reinigungsbad der Entpolitisierung.

Welchen politischen Charakter diese Entpolitisierung hat, wird auch dem Letzten klar werden, wenn sich Pinochet am 18. März zur Amtseinführung des brasilianischen Präsidenten Geisel in Brasilia einfinden und dort auch mit dem bolivianischen Präsidenten Banzer treffen wird. Faschisten unter sich.

Die politische Definition der chilenischen Junta ist durch den spektakulären Rücktritt zweier Generäle am 19. und 20. Februar erleichtert worden, die einen sehr hohen Rang im Heer hatten und deutliche, allerdings sehr unterschiedliche Reserven gegenüber der Junta hatten. Die chilenische Presse hat über diese Tatsachen nur in ganz wenigen Zeilen berichtet, umso wichtiger sind die Hintergründe. Der General Urbina, allgemein als Führer des verfassungstreuen Flügels der Armee eingeschätzt, hatte bisher den zweithöchsten Rang in der Hierarchie des Heeres inne und wäre bei einem Ausscheiden Pinochets Vorsitzender der Junta geworden. Seit dem Putsch ist er überhaupt nicht in Erscheinung getreten, und das einzige Pressebild von ihm nach dem Putsch zeigt den früher immer sehr freundlich erscheinenden General mit einem offenbar von Skrupeln und Qualen völlig verzerrten Gesicht. Seine Entfernung aus dem Heer konnte deshalb kaum verwundern, seine Machtbasis war zu schwach, er diente nur noch als Gegengewicht zu den brutalsten Faschisten im Heer. Umso wichtiger ist deshalb die gleichzeitige Entlassung des General Torres de la Cruz, der sich in der Provinz Magallanes im äußersten Süden Chiles als einer der brutalsten Verfolger der Linken hervorgetan hatte, sogar schon bevor Allende gestürzt war. Er ließ vor dem Putsch, in Punta Arenas eine Razzia in einer Textilfabrik so brutal durchführen, daß dabei ein Arbeiter umgebracht wurde. Nach dem Putsch erlaubte er zivilen Kommandos, Gruppen von vernarrten Linken, die aneinander gefesselt waren, mit Dynamit in die Luft jagen. Dieser General, bisher der dritte in der Hierarchie des Heeres, galt bislang allgemein als der kommende Mann. Es scheint aber nun, daß der ewige Verschwörer in seinen Ambitionen zu weit gegangen ist. Nach jetzt vorliegenden Berichten hatte General Torres schon kurz nach dem Putsch ultimativ verlangt, bei der Verteilung politisch wichtiger Posten berücksichtigt zu werden. Stattdessen entzog man ihm sein Truppenkommando in Magallanes und machte ihn zum Generalinspektor des Heeres. Als er diesen ehrenvollen, aber einflußlosen Posten schließlich und endlich mit zwei Monaten Verspätung antrat, verfaßte er, zusammen mit dem Junta-Mitglied Luftwaffengeneral Leigh, zunächst erst einmal ein zweites Ultimatum an die Junta, in dem er eine drastische Bremsung der Inflation, eine Verbesserung des Ansehens der Junta im Ausland, eine Vereinheitlichung der öffentlichen Verwaltung und Schnellverfahren gegen die Verhafteten ohne Bedenken und mit sofortiger Vollstreckung der Urteile forderte. Dieses Ultimatum hat ihm offen-

bar das Genick gebrochen. Sein Plan war, den Frei-Freund Bonilla im Innenministerium zu ersetzen und dort soviel Macht zu sammeln, daß er sich schließlich an die Stelle Pinochets setzen konnte. Stattdessen ist nun General Bonilla vom 4. auf den 2. Rang vorgerückt. Inzwischen mußten noch 6 weitere Generäle das Heer verlassen, darunter der von der Junta eingesetzte Chef der Kriminalpolizei.

Das bedeutet nun nicht notwendig, daß der Einfluß Preis gestiegen ist. Eher muß man an eine "Entpolitisierung" des Heeres selbst denken, an eine ideologische Vereinheitlichung auf eine gemeinsame harte Linie, die sich weder auf die Unterstützung der Christdemokraten noch auf die der zivilen Faschisten stützen, sondern die absolute Macht des Militärs herausstellen will. Der kurz vor der Absetzung der acht Generäle in Santiago eingetroffene neue US-Botschafter Popper scheint schnell klar gemacht zu haben, daß Machtkämpfe in den Streitkräften die Finanzverhandlungen der Junta unmöglich stören könnten. Innenminister Bonilla gilt als gutes Aushängeschild und der Erzfaschist Leigh wird als Luftwaffenchef solange geduldet, bis man ihn gut als Sündenbock verwenden kann.

Völlig verheimlicht wird von der chilenischen Presse bisher der Prozeß, der am 3. April etwa 40 verfassungstreuen Offizieren und Unteroffizieren der Luftwaffe gemacht werden soll, an ihrer Spitze die Generäle Bachelet und Poblete. Die Behandlung, die sie in den letzten 6 Monaten erfahren hatten, läßt sich kaum beschreiben. Unter grausamsten Foltern wurden ihnen Geständnisse abgepreßt, die nun zur Rechtfertigung für Todesurteile und jahrzehntelanger Freiheitsstrafe dienen sollen, wie sie der Ankläger Anfang Februar bereits verlangt hat. In den meisten Fällen bestand ihr einziges Verbrechen darin, an den Vorbereitungen des Putsches nicht beteiligt gewesen zu sein. Sie sollen nach dem Kriegsrecht abgeurteilt werden, obwohl sie meistens schon verhaftet waren, als das Kriegsrecht erst verkündet wurde. Ihre Verteidiger, die besten Anwälte Chiles, haben die Fälle kaum studieren können, so daß der Zeitraum, in dem sie die internationale Fachwelt der Juristen mobilisieren können, äußerst kurz ist. Der Prozeß gegen die Offiziere und Unteroffiziere der Luftwaffe wird so die Maßstäbe für die Prozeße setzen, die dann gegen die Zivilen eingeleitet werden soll. Vom obersten Gerichtshof ist keinerlei Verteidigung des Rechts zu erwarten, hat sich doch sein Präsident Urrutia in einer langen Rede am 1. März ausdrücklich bei der Junta für die Wiedererringung der Menschenrechte in Chile bedankt.

Am 12. März ist der Hauptangeklagte des Prozesses General Bachelet, im Gefängnis an einem Herzinfarkt gestorben. Vor einem halben Jahr hatte man diesem verfassungstreuen General der seit Ende 1972 das Nationale Sekretariat für Versorgung geleitet hatte, am Tag des Putsches gezwungen, den Luftwaffenangriff auf den Präsidentenpalast aus nächster Nähe mit anzusehen. Trotz seines angegriffenen Gesundheitszustandes wurde er gefoltert. Am 9. Februar wurde ihm mitgeteilt, daß der Anwalt der Luftwaffe für ihn eine Freiheitsstrafe von 5 Jahren und für seinen engsten Helfer, den Hauptmann und Wirtschaftsprofessor Raul Vergara die Todesstrafe forderte. Beide hatten nichts anderes getan, als ihre Pflicht zu erfüllen.

Die unter dem Einfluß des nordamerikanischen Imperialismus stehenden internationalen Wirtschaftsorganismen interessieren sich nicht weiter für die Menschenrechte. Für sie ist allein interessant, ob durch "Entpolitisierung", verschärfte Ausbeutung und Sicherheit für die ausländischen Investitionen eine bessere Zahlungsfähigkeit für die Zukunft gesichert werden kann. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß nacheinander der Weltwährungsfonds, das Interamerikanische Komitee der Allianz für den Fortschritt (CIAP), die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die Weltbank und die Internationale Entwicklungsagentur (AID) Missionen nach Chile entsandten und alle, rechtzeitig für die Pariser Umschuldungsverhandlungen, zu sehr positiven Ergebnissen gekommen sind. Die Interamerikanische Entwicklungsbank hat sogar gleich beschlossen, die nächste Tagung ihrer Gouverneure anfang April in Santiago abzuhalten, um das Prestige der Junta zu steigern. Tatsächlich hat Chile inzwischen beschlossen, für ausländische Investitionen alle erdenklichen Freiheiten zu garantieren, insbesondere das Recht zum jederzeitigen Wiederexport von Kapital (man vergleiche das Interview mit dem Präsidenten der Zentralbank, General Cano, im "Mercurio" vom 3. März). Trotz dieser allgemeinen Anerkennung erfüllen sich aber nicht alle Wünsche der Junta. Zwar ließ der Weltwährungsfonds sofort 95 Millionen Dollar - zu sehr ungünstigen Bedingungen für Chile -, aber die Weltbank zog nur mit 13 Millionen Dollar nach. Allein die allerdringendsten Finanznöte belaufen sich aber nach eigenem Eingeständnis der Junta schon auf 250 Millionen Dollar, ganz abgesehen von der Umschuldung.

Bei den Verhandlungen des "Pariser Klubs" vom 21. bis 25. Februar ging es um insgesamt 700 Millionen Dollar, die Chile in den Jahren 1973 und 1974 hätte zahlen müssen. Nachdem die Junta eine Entschädigung der uneingekaufenen US-Kupfergesellschaften zugesagt hatte, war es offenbar, im Gegensatz zu den Vorjahren, leicht, die USA, Frankreich, Großbritannien und natürlich auch die Bundesrepublik für ein großzügiges Umschuldungsprogramm zu gewinnen. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen, sondern werden im März oder April fortgesetzt, weil sich die Schweiz, Belgien und Holland aus unterschiedlichen Gründen weigerten zu unterschreiben (Le Monde 26. Februar). Holland war offenbar das einzige Land, das seine Zustimmung eindeutig davon abhängig gemacht hat, daß in Chile wieder rechtsstaatliche Bedingungen geschaffen werden müßten. Über die Haltung von Italien, Spanien, Schweden, Dänemark, Kanada und Japan ist nichts bekannt geworden.

Die schönsten Berichte der internationalen Organisationen nützen der Junta nichts, wenn sie nicht mit klingender Münze verbunden sind, und daran hapert es eben bisher noch. Um mehr Kapital ins Land zu bringen, bleibt der Regierung daher nichts übrig, als die Ausbeutung weiter zu verschärfen. Welche Beispiele der Junta dabei vorschweben, geht aus dem Themenkatalog hervor, der in einem Seminar behandelt werden soll, das die Zentralbank mit Unterstützung der OAS noch im März in Santiago durch führen wird. Dabei sollen Probleme des Kapitalmarkts anhand der Beispiele Brasilien, Taiwan und Süd-Korea studiert werden.

Der Januar bescherte den lohnabhängigen Schichten schon eine monatliche Inflationsrate von 16,39%. Bei diesem Tempo erhöhen sich die Preise im Laufe eines Jahres um das Sechsfache, und die Reallöhne sinken entsprechend.

Um einmal die Lohn- und Preispolitik der Junta mit der der Uniao Popular in den letzten 2 Jahren vergleichen zu können, haben wir in einer Tabelle die Entwicklung bestimmter Einkommen in diesen letzten 2 Jahren verfolgt. Und zwar haben wir die Monate ausgewählt, in denen durch Gesetz oder Dekret ein Ausgleich für die Inflationsverluste der vergangenen Monate gegeben werden sollte. Die Berechnung der Zahlen beruht einzig und allein auf offiziellen Angaben des Nationalinstituts für Statistik, der Zentralbank und den offiziellen Gesetzes- bzw. Dekrettexten. Alle Erhöhungen der Familien-, Transport- und Teuerungszulagen wurden mitberücksichtigt, ebenso aber auch die unterschiedliche Zusammensetzung der einzelnen Einkommensschichten.

Entwicklung von bestimmten Realeinkommen für Werktätige mit drei Familienangehörigen, ausgedrückt in Escudos des Jahres 1969

	Arbeiter		Angestellte		
	A <sup>2)</sup>	B	C	D	E
Januar 72	715	1834	3329	6194	12062
Oktober 72	618	1623	2935	5767	11789
April 73	601	1637	2965	5070	8701
Januar 74	530	1101	1771	3542	6864

Indizes (Januar 1972= 100)

Januar 72	100	100	100	100	100
Oktober 72	86	88	88	93	93
April 73	84	89	89	82	72
Januar 74	74	60	53	57	57

Anmerkung:

- 1) 1969 galt ein US-Dollar fast genau 10 Escudos.
- 2) A ist der offizielle Mindestlohn. Für alle darüberliegenden Einkommen ist das Realeinkommen stärker gesunken.

Die Tabelle zeigt, daß sich die Wirtschaftspolitik der Minister Millas (PC) und Matus (PS) im Jahr 1972 zunächst ungünstig auf die einkommensschwachen Schichten auswirkte. Mit dem sozial gestaffelten Inflationsausgleich vom April 73 wurde dieser Effekt eher umgekehrt. Die systematische Senkung der Realeinkommen aber beginnt mit der Herrschaft der Militär-Junta.

Zunächst wird der für Oktober vorgesehene Inflationsausgleich einfach verschoben, stattdessen werden die Preise so stark erhöht, daß das Preisniveau nach offiziellen Angaben auf das Doppelte steigt. Erst dann wird im Januar ein Inflationsausgleich gewährt, bei dem von "Ausgleich" in keiner Weise geredet werden kann. Die große Masse der Einkommen sinkt um 40% und mehr gegenüber dem Stand von vor 2 Jahren. Am stärksten ist der Rückgang der Realeinkommen in den Gruppen, in denen sich über eine Senkung der Lohnkosten am meisten Profit für die monopolistischen Großunternehmen herausholen läßt (in unserer Tabelle etwa die Gruppen B und C). Die Mindestlöhne ließen sich nicht in gleicher Weise drücken, weil sie ohnehin schon nah am absoluten Existenzminimum waren. Aber selbst diese Mindestlöhne werden in sehr vielen Fällen nicht gezahlt. Der durch die starke Arbeitslosigkeit

keit geschaffene Druck auf die Löhne gestattet, ohne daß die Arbeiter sich durch ihre Gewerkschaften verteidigen könnten, ein fast beliebiges Maß an Ausbeutung. Und wenn die Klein- und Kleinstunternehmer überhaupt die Konkurrenz mit den großen Monopolen durchhalten wollen, müssen sie ihre Lohnkosten in ähnlicher Weise senken wie diese.

Mit dem Fortgang der Inflation verschärft sich natürlich noch die Situation der Arbeitnehmer. Für den Monat Februar ist schon deshalb mit einer hohen Inflationsrate zu rechnen, weil der Preis für das Kilo Brot - heute neben dünnem Tee das Hauptnahrungsmittel für große Teile der Bevölkerung - Mitte Februar von 40 auf 134 Escudos heraufgesetzt wurde. Die ultrarechte Zeitschrift "Que pasa" ( 22. Februar, Nr. 148 ) hatte den Mut, das auch noch als antiinflationäre Maßnahme hinzustellen, weil nur so mit den inflationstreibenden Subventionen des Brotpreises aufgehört werden könne. Zur gleichen Zeit hatten viele Arbeiter aber noch nicht einmal den schon für Januar vorgesehenen "Lohnausgleich" erhalten.

Wegen der neuen Preissteigerungen, die übrigens mit einer neuerlichen Steigerung des Dollarkurses auf nunmehr 450 Escudos einhergehen, sah sich die Junta, die ursprünglich die Löhne stabil halten wollte, gezwungen, zumindest für die untersten Einkommensgruppen neue Teuerungs- und Familienzulagen zu dekretieren.

Besonderen Unwillen hat unter den Beschäftigten des Staates die Einführung einer Einheitsskala für die Vergütung ihrer Dienste erregt. Viele Berufsgruppen fühlen sich zu Unrecht zurückgesetzt. Tatsächlich werden viele Staatsangestellte noch geringere Gehälter bekommen, als ihnen nach dem allgemeinen Lohnausgleichsdekret zugestanden hätten. Die einzige Garantie, die man ihnen gegeben hat, ist, daß niemand nominal weniger verdienen wird als im Dezember letzten Jahres - als Löhne und Gehälter einen absoluten Tiefstand erreicht hatten.

Es ist unter diesen Umständen erklärlich, daß auch kleinbürgerliche Schichten in immer schärferen Widerspruch zur Militärjunta treten und daß auch die Christdemokraten nicht mehr still zusehen können, wie ihre Anhängerschaft zwischen die Mühlsteine gerät. Die Regierung, die im Januar jede parteipolitische Tätigkeit verboten hat, hat noch im gleichen Monat die Teilnehmer einer Versammlung von Christdemokraten mit Andrés Aylwin, dem Bruder des Parteipräsidenten, an der Spitze furchtbar verprügeln und anschließend verhaften lassen. Frei sah sich genötigt, ihre Freilassung zu fordern; und als er damit bei Bonilla und Pinochet nicht durchdrang, drohte er sogar, sich selbst in der schweizerischen Botschaft zu asylieren. Es scheint, daß das gelungen hat: die Leute kamen nach fünf Tagen wieder frei.

Die Verfolgung der aktiven Christdemokraten nimmt aber zweifellos zu. Im Januar wurden 30 christdemokratische Arbeiter der Textilfabrik SUMAR, wahrscheinlich wegen unerlaubter gewerkschaftlicher Tätigkeit, verhaftet. Und vor Beginn des Schuljahres wurde der Oberschülerführer Salazar, einst ein Held des Kampfes gegen die Unidad Popular, wohl wegen eines Zeitungsartikels, in dem er für Meinungsfreiheit eingetreten war, vorsorglich unter Hausarrest gestellt. Seit die Junta die Abgabe der Mitgliederlisten verfügt hat, haben viele Angst und verbrennen ihre Parteiausweise.

Die christdemokratische Zeitung "La Prensa" mußte im Februar ihr Erscheinen einstellen. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob dafür politische oder wirtschaftliche Gründe entscheidend

waren. Die Zeitung war immer von der Partei wirtschaftlich unterstützt worden. Mit der politischen Unterdrückung der Partei mußte dann natürlich auch die Zeitung sterben.

Viele christdemokratische Führer können jetzt keinen Sinn mehr darin sehen, daß Frei darauf wartet, die Junta einstweilen zu erben. Die Ex-Senatoren Puentealba, Palma, Irureta und Ojain sind jetzt ganz für eine Zusammenarbeit mit der Linken und gewinnen Anhang für diese ihre These. Der Parteigründer Bernardo Leighton stellt in Rom gute Beziehungen zum Büro der Chilenischen Linken her und schreibt ein Buch "Die Wahrheit über den Putsch". Radomiro Tomic ist in New York und bereitet die nordamerikanischen Liberalen darauf vor, daß sie außer Nixon auch gleich noch die chilenische Militärjunta stürzen müssen. Alle überschlagen sich in Beteuerungen, genau zu wissen, daß Frei wirklich einer der Haupturheber des Putschs gewesen ist, als ob es nicht schon lange bekannt wäre.

Aber selbst die engsten Freunde setzen sich von Frei bisheriger Linie ab. Sein treu ergebener Anhänger, der frühere Agrarreformchef und Ex-Senator Rafael Moreno hat sich so deutlich gegen die Agrarpolitik der Junta öffentlich ausgesprochen, daß diese ihn sofort nach Argentinien abgeschoben hat. Und Jaime Castillo, Chefideologe des rechten Flügels der Partei, hat der Junta zusammen mit 16 Rechtsanwälten in einem Memorandum die Verletzung von sechs wichtigen Artikeln der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte vorgeworfen. Für Mitte März ist eine Zusammenkunft der führenden Christdemokraten in argentinischer Mendoza geplant, auf der wahrscheinlich eine enge Zusammenarbeit mit der ehemaligen Unidad Popular beschlossen werden wird.

Die Parteien der chilenischen Linken sind inzwischen mit ihrer Reorganisation weiter fortgeschritten. Ihre Infrastruktur verbessert sich von Tag zu Tag. Die Bemühungen um ein gemeinsames Kommando und eine breite Front für den Widerstand gehen voran. Scheinbar völlig entpolitisiert, war sich die große Mehrheit des chilenischen Volkes in ihrem politischen Willen noch nie so einig: Die faschistische Militärjunta muß beseitigt werden.



## Wirtschaftspolitik der Junta

Als die Junta am 11. September 1973 die Macht übernahm, begründete sie dies vor allem damit, daß die UP das Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht habe. Der phantastische Plan "Z" dagegen, der heute vorwiegend als Rechtfertigungsgrund für den Putsch benutzt wird, tauchte erst später in der Propaganda auf.

Die Junta versprach in ihren drastischen Maßnahmen die "Wiederholung des deutschen Wunders" (Oktober 73). General Pinochet verteidigte die Maßnahmen mit dem Bild, es habe keinen Zweck, einem Hund den Schwanz Wirbel für Wirbel zu kürzen, das müsse auf einen Ruck geschehen. Regierungssprecher sagten voraus, die Inflation werde im Jahre 1974 auf Null gesenkt sein, jedoch wurde diese Prognose wenige Tage später (im Oktober) zurückgenommen; statt dessen beschränkte man sich darauf zu sagen, die Inflation bleibe auf jeden Fall 1974 unter 100 %.

Welches waren die Maßnahmen?

1. Kampf gegen die Inflation, die nach amtlichen Angaben bis September 1973 % betragen haben soll. Die Zahl dürfte in Wirklichkeit höher liegen, da sie den Schwarzmarkt nur unzureichend berücksichtigt, was aber für die Bezieher der geringsten Einkommen auch nicht so wichtig ist, weil an ihm vorwiegend die Mittel- und Oberschicht partizipierten. Der neuberufene Wirtschaftsminister Fernando Leniz, bisheriger Direktor des Mercurio, der größten Zeitung, die mit ihren drei Regionalausgaben (Antofagasta, Valparaiso, Santiago) den Kampf gegen die UP an vorderster Front gekämpft hatte und der reichsten Familie des Landes, dem Edwards-Clan, gehört, verordnete dem Land ein System der "sozialen Marktwirtschaft". Das hieß zunächst Freigabe fast sämtlicher Preise, die von der UP eingeforen worden waren (auf Kosten des Staatshaushaltes, was eine der Quellen der Inflation gewesen war, zumal der Staat wegen des Widerstandes der rechten Kongress- und Senatsmehrheit eine Steuerreform, die die Mittel dazu hätte bringen können, niemals durchsetzen konnte). Vom Staat fixiert blieben lediglich einige Grundnahrungsmittel, die beim Brot um 263 % (11 gegen 40 E), beim Zucker um 900 % (12 gegen 120), beim Oel 1565 % (14,40 gegen 240), beim Tee um 700 % (37,60 gegen 300), bei der Milch um 100 % (15 gegen 30, alle Angaben pro kg) über den alten Preisen lagen. Selbst wenn man die unmittelbar vor dem 11. September gezahlten Schwarzmarktpreise in Rechnung stellt, lagen die neuen fixen Preise, die die Minimalversorgung der armen Schichten sicherstellen sollten, im Durchschnitt 50 % höher (Nudeln 77, Brot 60, Oel 50, Zucker 27, Tee 20, Milch 20).

Der Kampf gegen die Inflation begann also mit einem Inflationssprung, wie ihn das Land in seiner ganzen Geschichte noch nicht erlebt hatte. Über die Preisentwicklung im September selber, also unmittelbar nach der Preisangabe, sind Statistiken denn auch nicht veröffentlicht worden. Man kann sich aber ein ungefähres Bild machen, wenn man hört, daß das Comité interamericano de la Alianza para el Progreso in seinem Bericht zu den Umschulungsverhandlungen in Washington im Januar (s.u.) die Inflation bis Oktober auf 775 % schätzt und diese Zahl mit den offiziell bekanntgegebenen 193 % bis September vergleicht.

Da der Putsch einer für den 1. Oktober von der UP zugesagten Lohnerhöhung von 100 % zuvorgekommen war, die von der Junta zunächst nicht eingehalten wurde, lebte die Mehrzahl der Bevölkerung in den ersten Monaten nach dem Putsch physisch von den Lebensmittelreserven, die sie während der UP-Zeit hatte ansammeln können. Für die Monate Okt./Nov./Dez. wurde dann eine Übergangslösung hinsichtlich der Löhne getroffen, indem das Mindesteinkommen auf 12.000 E (umgerechnet ca. 35 DM) festgelegt wurde

und entsprechende Zulagenzahlungen von den Arbeitgebern gefordert wurden<sup>1)</sup>. Zur gleichen Zeit errechnete der Ökonom Michel Chossudovsky in einer von der Universidad Católica veröffentlichten Studie, daß eine Arbeiterfamilie im November 1973 mindestens 31.210 E haben müsse, um den Lebensstandard von 1968/69 (also vor der die Masseneinkommen begünstigenden UP-Zeit) zu halten, und bereits der 1968/69 zugrundegelegte Warenkorb reiche nicht für eine ausgewogene Ernährung. So konzentrierten sich denn alle Hoffnungen auf den groß für Januar 74 angekündigten reajuste. Der reajuste vom Januar wurde mit 400 % angegeben - allerdings 400 % über den Löhnen vom Januar 1973, die im April 73 und im Juni 73 bereits erhöht worden waren. Legt man die CIAP-Zahlen zugrunde, denen man nun wahrhaftig keine Propagandaabsicht unterstellen kann, so muß man für 1973 insgesamt mit einer Inflationsrate von rund 800 % rechnen. Der reajuste von 400 % bedeutet daher im Effekt eine glatte Halbierung der Massenkaukraft gegenüber Januar 1973, selbst dort, wo er erfüllt wird: bislang wird der reajuste nämlich noch nicht ausbezahlt, lediglich Abschlagszahlungen bekommen die Arbeiter zu Gesicht. Das Gleiche gilt für den in Chile ungeheuer großen Bereich des öffentlichen Dienstes, wo der reajuste mit der Verkündigung einer escala unica verbunden war, gegen die sich weite Teile der dort Arbeitenden sträuben mit dem Erfolg, daß die Auszahlung der neuen Gehälter sich bis Mitte des Jahres verzögern wird; bis dahin gibt es Abschlagszahlungen. Der neue Mindestlohn liegt mit 18.000 E (ca. 52 DM) um 50 % über dem vom Dezember, jedoch wurde er bereits im Januar wieder von neuen Preiserhöhungen aufgeessen, von denen gerade die arme Mehrheit der Bevölkerung, deren Einkommen von den Grundnahrungsmitteln völlig aufgezehrt wird, am härtesten betroffen ist: Das Brot stieg im Januar noch einmal um 235 % und kostet jetzt mehr als das elffache gegenüber dem offiziellen Preis im September, der Zucker stieg um weitere 133 % (2.230 % gegenüber dem offiziellen Preis vom September), Milch stieg um 100 % (300 % gegenüber dem Preis vom September), das Oel (Speiseoel natürlich) stieg um 92 % (3.100 % gegenüber dem Preis vom September); die Stadtbushahrt - für praktisch alle Santiaguinos die einzige Möglichkeit, zur Arbeit zu gelangen - stieg um 150 % (650 % gegenüber dem Preis vom September), das Benzin stieg um 100 % (1450 % gegenüber dem Preis vom September), die Elektrizität stieg um 120 % (1.509 % gegenüber dem Preis vom September), Gas stieg um 959 % im Vergleich zum September, Zigaretten stiegen um 120 % (im Vergleich zum September zwischen 300 und 1.500 % je nach Sorte), Reis stieg um 30 % (1.775 % im Vergleich zum September). Angesichts dieser Entwicklung sah sich die Junta genötigt, für alle Einkommen bis 40.000 E einen monatlichen Zuschlag von 2.200 E (ca. 6,20 DM) zu verordnen, wobei sie gegen ihre eigene Ankündigung verstieß, der reajuste vom Januar sei bis auf branchenbedingte Ausnahmen der einzige für das gesamte Jahr. Diese Ankündigung war bis zum Zeitpunkt der Zuschlagszahlung keine 8 Wochen alt. Minister Leniz mußte denn auch in einem Pressegespräch im Fernsehen zugeben, daß das Bild mit dem Hundeschwanz für die komplexe Realität etwas zu schlicht geraten sei. Fest steht: Die Mehrheit der chilenischen Bevölkerung lebt derzeit in einer materiellen Not, die es auch unter der Regierung Frei, die der UP voranging, nicht gegeben hat. Und in Kommentaren wird dem an sich reichen

<sup>1)</sup>In zahlreichen Fällen wurde bekannt, daß die Arbeitgeber jedoch nicht einmal dieser Verpflichtung nachkamen, und zwar in privaten und staatlichen Betrieben. Obwohl dafür eigens Arbeitsgerichte beim Innenministerium geschaffen wurden, hatten viele Arbeiter nicht den Mut, ihr Recht durchzusetzen, da andererseits Fälle bekannt wurden, wo unterbezahlte Arbeiter, die dagegen aufmuckten, als Extremistas fristlos gefeuert wurden, zumal es gegen solche "denuncias" kaum ein Mittel gibt.

Land der Gedanke nahegebracht, daß in allen Entwicklungsländern Hunger gang und gäbe sei und Chile eben auch ein Entwicklungsland wäre.

Im Kampf gegen die Inflation hat die Junta, obwohl sie dem Volk die härtesten Opfer abverlangte und abverlangt, bisher eine klare Niederlage erlitten.

2. Kampf gegen die Verknappung

Eines der am häufigsten zur Rechtfertigung des Putsches gehörten Argumente sind die "colas", die Schlangen, die während der UP-Zeit das Bild beherrscht hätten. Nun waren die Schlangen aber nicht so sehr Konsequenz einer generellen Knappheit als vielmehr Folge der Tatsache, daß die UP-Regierung eine Einkommenspolitik betrieb, die auch die ärmeren Schichten in die Lage versetzte, sich ausreichend zu ernähren bzw. sich sogar Gegenstände des gehobenen Bedarfs zu beschaffen. Und zum zweiten, vielleicht noch wichtiger, waren die Schlangen die Konsequenz der Warenhortung, durch Fabrikanten und Händler, die entweder durch diesen, heroischen Akt die Regierung in Schwierigkeiten bringen wollten (und auch brachten) oder die Waren aus dem Markt zogen, um sie desto profitabler auf dem schwarzen Markt unterzubringen. Der Kampf gegen diese Form der Knappheit war leicht zu führen: die generelle Freigabe bzw. brutale Erhöhung der Preise brachten die Schlangen zunächst schlagartig zum Verschwinden - weil die Leute kein Geld mehr hatten, die Waren zu kaufen. Diesen Schwanz (cola) hat die Junta tatsächlich mit einem Schlag abgetrennt - jedoch er beginnt wieder nachzuwachsen: Um die Jahreswende gab es plötzlich wieder Schlangen für Oel, Zucker, Brot und Zigaretten. Gerüchte über bevorstehende Preiserhöhungen hatten die Händler zum Anlaß genommen, ihre bewährte Praxis des Hortens wieder aufzunehmen, und anstatt zu verkaufen, hängten sie lieber ihre kaum vergilbten Schilder "No hay..." in die Fenster. Die Junta sah ihren täglich durch das Radio verbreiteten Propagandaslogan "Paga un poco mas, pero hay" (man achte angesichts der Preiszahlen auf das "poco") in Gefahr und erließ sofort ein decreto-ley (delito económico), daß für die Hortung von Waren Gefängnisstrafen von bis zu 20 Jahren vorsieht. Ein wesentlich milderer Gesetz mit der gleichen Intention, welches die UP eingebracht hatte, war am erbitterten Widerstand der rechten Parlamentsmehrheit stets gescheitert. Das Gesetz ist so vage gehalten, beispielsweise enthält es keine Definition, wo normale Lagerhaltung aufhört und wo Horten anfängt, daß sogar der der Junta bisher treu ergebene Verband der Einzelhändler untertänigst um Präzisierung bat.

Die andere Seite des Kampfes gegen die Verknappung ist

3. der Kampf für höhere Produktion

Die Politisiererei (politicuaria), die dauernden Versammlungen, Demonstrationen etc. hätten, so wird behauptet, unter der UP die Produktion praktisch zum Erliegen gebracht. Dies sollte nun repariert werden. Nun stieg im ersten Jahr der UP das Bruttoinlandsprodukt um die für Chile ungewöhnlich hohe Rate von 8,6 %; im Jahre 1972, der Comisión Económica para América Latina der Vereinten Nationen zufolge, waren es immer noch 3,4 %, und im Jahre 1973 bis zum September, so schätzt die bereits erwähnte CIAP, sank es um 5,7 %. Die Zahlen sind also sensationell nicht, wenn man in Rechnung stellt, welche Spannungen, Kämpfe, Reibungsverluste bei Interventionen und Tomas'es gegeben hat. Auf der Seite der Produktion kann man also keineswegs von einer Pleite sprechen; die Versorgungsschwierigkeiten hatten, wie gezeigt, andere Gründe. Dennoch wurde gleich im September die wöchentliche Arbeitszeit um 4 auf 48 Stunden erhöht; die 4 Stunden sollten wie normale bezahlt werden, der Überstundenzuschlag geht an den fondo de la reconstrucción nacional. In den großen Fabriken und Gruben brachten die neu eingesetzten Chefs (alles Militärs) ihre Soldaten gleich mit, die als

Aufpasser mit Maschinenpistolen über die Arbeitsdisziplin zu wachen hatten. So wurden denn auch aus Chucucamata und El Teniente für Dezember Rekordmarken der Produktion gemeldet, die sich allerdings der Überprüfbarkeit entziehen. Und auch die Kohlegruben bei Concepcion (Beta-Schwager) meldeten für Januar ein Produktionsergebnis von 17 % über dem Vorjahresmonat. Nachdem die Kupferproduktion in den ersten 9 Monaten 1973 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 6,4 % gefallen sein soll (CIAP-Bericht), erreichte sie zum Jahresende ein Plus von 2,8 % gegenüber dem Vorjahr (ebenda, wahrscheinlich mit Lagerbeständen manipuliert). In der Industrie- und Handwerksproduktion scheint sich der Arbeitsterror und die systematische Einschüchterung allerdings nur im Oktober bewährt zu haben (die meisten Soldaten wurden damals auch aus den Fabriken abgezogen). Die Industrieproduktion im November 73 verzeichnete bereits einen Rückgang von 6,2 % gegenüber dem Oktober, die Verkäufe der Industrie gar um 8,5 %. Die Steigerung von 1,5 % gegenüber dem November 1972 kann kaum als Triumph gewertet werden: Der November 72 war durch die Folgen des verheerenden Boykotts der Fuhrunternehmer im Oktober 72 gekennzeichnet, und die Produktion mußte vielfach wegen Ausbleibens der Rohstoffe eingeschränkt werden. Weshalb die für Dezember 73 gemeldete Steigerung von 4,2 % gegenüber dem November auch nicht verwundern kann, zumal die Industrieproduktion im Dezember 73 4,3 % unter der Produktion vom Dezember 72 liegt. Diese Pleite ist schwer zu interpretieren. Man kann annehmen, daß die Arbeiter sich im go-slow üben. Man kann aber auch vermuten, daß die militärische Führung in den meisten großen Betrieben unfähiger ist als die von der UP eingesetzten Intervenoren. Man kann aber auch drittens vermuten, daß die Produktion von den Unnehmern selbst gedrosselt wird, weil es an Absatzmöglichkeiten mangelt. Dafür spricht, daß der Rückgang der Industrieverkäufe größer ist als der Produktionsrückgang (vgl. November). Dafür spricht weiter, daß in den gewöhnlich rezessionsanfälligen Bereichen - Möbel und Wohnungsausstattung und Bücher - Produktionsrückgänge von 75,3 % (!) bzw. 42,5 % gemeldet werden. Wahrscheinlich treffen alle drei Ursachen irgendwie zu.

4. Öffnung für ausländisches Kapital

Der alerte Präsident der SOFOFA, der 47-jährige Orlando Saenz, verließ gleich nach dem Putsch diesen ehrenvollen Posten, von dem aus er drei Jahre tapfer gegen die UP gekämpft hatte (Verfasser des Buches 'Un país en quiebra' u.a.), um als Adquisiteur für ausländische Kredite und Direktinvestitionen durch kapitalistische Länder zu reisen. Bei seiner Rückkehr verkündete er auf einer Pressekonferenz, er sei überaus erfolgreich gewesen, dürfe aber aus Gründen der Staatssicherheit die Summe der zugesagten Kredite nicht verraten. Kurz darauf schied er aus der Regierungsberaterstätigkeit aus und bekleidet heute wieder sein Amt als Präsident der Gesellschaft der Sociedad para el Fomento Fabril.

Der Fall ist einigermaßen typisch: Ohne die massive Unterstützung des Volkes und ohne die Hilfe des sozialistischen Blocks ist Chile zwingend auf westliche Kredite und Direktinvestitionen angewiesen. Die aber fließen bislang mehr als spärlich. Das einzige, was außer kurzfristigen und kleinen Weizenkrediten (24 Millionen Dollar aus den USA) eingetroffen ist, sind 20 Millionen Dollar aus Argentinien und 50 Millionen Dollar aus Brasilien. Herrn Saenz Kredite dagegen dürften nur in seinem Kopfe existieren. Dabei werden alle nur möglichen Erleichterungen, Steuerfreiheit, großzügiger Gewinntransfer etc. versprochen. Aber sei es, weil das Image einfach noch zu schlecht ist, sei es weil man noch nicht so recht an die Stabilität dieser Regierung glauben mag - das große Geld bleibt aus. Und die 96 Millionen Dollar, die dem Minister Leniz vom Internationalen Währungsfonds zugesagt worden sind (Anfang Februar, anstatt der geforderten

200 Millionen Dollar), sind lediglich ein stand-by Kredit, das heißt sie dienen dazu, die größten Löcher im Staatshaushalt zu flicken und einen Teil der fälligen Auslandszinsen für die 4,5 Milliarden Auslandsschulden (man kann auch sagen 7 Milliarden, das hängt wahrscheinlich von der Abzinsung ab) zu zahlen. Gleichwohl kommt diesem Kredit eine Schlüsselfunktion zu: der Pariser Klub hatte sein Umschuldungsverhandlungen 1973 davon abhängig gemacht, daß Chile zunächst seine Situation mit dem IWF und den USA kläre. Dies ist nun geschehen, und die Umschuldungsverhandlungen in Paris beginnen im März. Andererseits werden in der Regel keine Auslandskredite während der Dauer der Umschuldungskredite vergeben, und da die Verhandlungen in Paris wahrscheinlich bis August dauern werden, verlängert sich die Durststrecke entsprechend. Was Chile also aktuell sucht, sind private ausländische Geldgeber oder Investoren. Und da haben sich bislang nur zwei gemeldet: Im Oktober/November bekundete Daimler-Benz sein Interesse, Busse und LKW's in Chile zu produzieren. (Daimler-Benz hat auf dem Gebiet bisher praktisch in Brasilien gearbeitet, in Chile dagegen ist Fiat stark.) Außerdem wollen (23.4.74) die japanischen Riesen Mitsubishi und Ataka 55 Mill. \$ in eine Eisenverhüttungsanlage investieren. Als eigentlich ersten größeren Krediterfolg der Junta kann man den Ende Februar von der Banco Interamericano para el Desarrollo zugesagten 171 Mill.-\$-Kredit bezeichnen, der für spezifizierte Projekte vorgesehen ist. Gleichwohl ist die Finanzlücke, die noch klappt, gigantisch: Berechnungen des CIAP über den aktuellen Finanzbedarf für dieses Jahr belaufen sich auf nicht weniger als 1.375 Milliarden \$, während die bisher zugesagten Kredite lediglich 374 Mill.\$ ausmachen - der Junta fehlt eine Milliarde \$ und dies sogar unter der Voraussetzung, daß der Kupferpreis, der mit derzeit über einen Dollar je Pfund nie gekannte Höhen erreicht hat, sich hält: Denn auch Chile ist von der weltweiten Energiekrise betroffen, es muß jährlich zwischen 5 und 6 Mill. Tonnen Erdöl einführen und kann nur ca. 1/3 aus eigener Produktion decken. Und auch von der weltweiten Steigerung der Weizenpreise ist Chile hart betroffen: es benötigt im Jahr ca. 20 Mill. Tonnen Weizen und wird dieses Jahr wahrscheinlich nur 9-10 Mio. Tonnen produzieren.

5. Änderung der Wechselkurse, internationales Preisgefüge  
 Die UP-Regierung hatte ein abgestuftes System von Wechselkursen, welches von 30 E pro Dollar für Grundnahrungsmittel bis zu 250 für Luxusgüter reichte. Damit war der Escudo zweifellos überbewertet und riß weitere Löcher in den Staatshaushalt, zwang die Regierung aber auch, da sie den Außenhandel monopolisiert hatte, zu sorgfältiger Auswahl der Importe nach sozialen Kriterien. Die Junta legte den Wechselkurs für Importe und Exporte auf 285 E je Dollar fest und erhöhte ihn bis heute in mehreren Stufen auf 450 E, wertete den Escudo also mehrmals um insgesamt fast 60% ab. Für die Kupferexporte wurde ein besonderer Wechselkurs geschaffen und zunächst auf 110 Escudos festgelegt; Anfang Februar wurde er auf 205 heraufgesetzt. Die Differenz zwischen den beiden Wechselkursen kassiert die Zentralbank zur reconstrucción nacional. In Wirklichkeit ist es freilich ein Taschenspielertrick: 70-80% seiner Exporteinnahmen kassiert Chile aus dem Kupfer, das ohnehin in Staatshand ist (und auch wohl nicht zurückgegeben werden soll; Verhandlungen über die von der UP abgelehnten Schadenersatzzahlungen "wegen vorheriger überhöhter Gewinne" werden zur Zeit mit den US-Gesellschaften geführt); infolgedessen erhebt der Staat die "Exportsteuer", die Differenz zwischen den beiden Wechselkursen, weitgehend von sich selbst. Die Erhöhung des Außenhandelsdollars stellt gegenüber dem alten Wechselkurs eine protektionistische Maßnahme zum Schutze der einheimischen Industrie dar, was insofern widersinnig ist, als die offizielle Ideologie den alten Idealen des Freihandels nachjagt. Überdies ist die Reduktion der Zölle, die noch mehr protektionistisch wirken, bislang nur Projekt

(Kern der Ideologie: Durch den kalten Wind der Weltmarktpreise verhindern wir, daß sich bei uns unproduktive Industrien entwickeln, und erreichen so schnell wie möglich Weltmarktniveau; daß dieses Verfahren Entwicklungsländer bisher immer überfordert hat, scheint hier nicht bekannt zu sein.)

Es muß angemerkt werden, daß sich durch die Veränderung des Importdollars der Preis für importierten Weizen verdreizehnfacht hat (Chile braucht 19-20 Mill. dz und produziert dieses Jahr wahrscheinlich 9 Mill.)

Insbesondere während der letzten Phase der UP mit ihrer galoppierenden Inflation hatten viele Chilenen auf dem Schwarzmarkt Dollars gekauft. Der Preis für den Dollar stieg zum Schluß auf ca. 3.000 E. Aber diese Kaufaktionen der kleinen Leute stellen einen vergleichsweise kleinen Posten gegenüber der Kapitalflucht dar, die die Großen inszenierten: um ihr Kapital ins Ausland transferieren zu können, mußten auch sie Dollars kaufen und trieben damit den Kurs weiter in die Höhe. Regierun- amtliche Schätzungen über den Betrag der gehorteten Dollars belaufen sich auf 125 Mill. Dollar, private Schätzungen von Fachleuten sprechen von einer halben Milliarde. Obwohl der Besitz von "schwarzen" Dollars stets ungesetzlich war, hat die Junta verfügt, daß zunächst bis zum 31.12., dann bis zum 28.2. und jetzt bis zum 31.3. Chilenen Dollars zur Bank bringen können, und dort ohne weitere Erklärung über deren Herkunft zum Touristenpreis umtauschen können. Um einen zusätzlichen Anreiz zu schaffen, dies auch tatsächlich zu tun, werden Gerichte manipuliert, der Kurs des Touristendollars werde fallen, und tatsächlich ist er auch in mehreren Stufen von 650 auf 750 gefallen. Auf diese Weise sind angeblich 45 Mill. Dollar zurückgebracht worden - meist von kleinen Leuten, die mit 10, 50 oder mit 200 Dollar in die Bank kamen, einfach, weil sie nicht mehr genug zum Leben haben. Die Junta wertet dies dagegen als Vertrauensbeweis in die neue Regierung.

Für Personen mit illegalen Auslandsguthaben wurde ebenfalls ein bereits mehrfach verlängertes Angebot gemacht, ihre Situation zu legalisieren. Das Echo hierauf war offenbar bedrückend schwach; jedenfalls hat die Junta keine Zahlen veröffentlicht lassen, ein Zeichen für das auch in Kreisen der Reichen bestehende geringe Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung.

6. Eigentumsverhältnisse

Der CIAP-Bericht bezieht sich auf offizielle Quellen, nach denen zum Zeitpunkt des Putsches ca. 550 Unternehmen unter Staatskontrolle standen: Ende 1972 befanden sich 103 Unternehmen unter völliger, 99 unter teilweiser Staatskontrolle. Man muß hierbei unterscheiden zwischen Unternehmen, die durch Gesetz nationalisiert worden waren (die Gran Minería vor allem), Unternehmen, die wegen nationaler Bedeutung oder Monopolstellung enteignet wurden (gegen die rechte Parlamentsmehrheit), und Unternehmen, die wegen Mißwirtschaft oder sozialer Konflikte interveniert waren. Wegen der oft unklaren legalen Situation, des starken Widerstandes auf allen Ebenen, vor allem aber wegen der Kürze der Zeit ist es der UP nie gelungen, die Wirtschaftsbereiche, auf die sie bereits effektiv Einfluß nehmen konnte, einer umfassenden gesellschaftlichen Planung zu unterwerfen. Zum Zeitpunkt des Putsches liefen die Vorarbeiten (Diskussionen in den Betrieben, zentrale Produktionsplanung ect.) für den ersten definitiven Wirt-

schaftsplan für 1974 auf vollen Touren.

Inzwischen sind, nach Angaben der SOFOFA, bereits ca. 350 Unternehmen an ihre früheren Besitzer zurückgegeben worden, darunter auch solche, von denen die Junta zu Beginn gesagt hatte, daß sie wegen ihrer Monopolstellung und ihrer nationalen Bedeutung in Staatshand bleiben sollten: darunter die marktbeherrschenden Textilunternehmen Yarur und Sumar (die Namen sind nicht untypisch, der Textilsektor ist fest in der Hand der arabischen Einwanderer). Um ihren ursprünglichen Erklärungen über die Nichtzurückgabe nicht völlig zu widersprechen, wurde ausdrücklich und wiederholt auf "den besonderen Charakter" dieser Aktion hingewiesen: zum Schutze der Arbeiterrechte (!) verbleibt ein General in der Unternehmensleitung.

Wie der Schutz der Arbeiterrechte durch die Militärs aussieht, kann man daraus entnehmen, daß, als im Januar bei Sumar Unzufriedenheit über Löhne und Arbeitsbedingungen laut wurden, zwischen 20 und 35 Arbeiter aus der Fabrik weg verhaftet und eine unbekannte Anzahl von ihnen erschossen wurde.

Die einzige Bedingung, die die Herren von einst bei der Wiederübernahme zu erfüllen haben, ist, daß sie die Schulden der Unternehmen mitübernehmen.

Man kann davon ausgehen, daß die Rückgabeaktion in den nächsten Monaten vollständig abgeschlossen sein wird.

Auf dem Lande ist es schwierig, einen Überblick über Ausmaß, Bedingungen und Tempo der Rückgaben an die Latifundisten zu gewinnen. Es scheint so zu sein, daß die Gebiete, in denen die Agrarreform bereits unter den christdemokratischen Vorgängern der Unidad Popular abgeschlossen wurde, nicht "rückreformiert" werden. In vielen anderen Fällen werden den Bauern individuelle Eigentumstitel ausgegeben, für Parzellen, die eine Familie kaum ernähren können, und dies auch dort, wo sich die Bauern bereits freiwillig zu Produktionsgenossenschaften oder CERAS (Centros de Reforma Agraria - Agrarreform-Zentren) zusammengeschlossen hatten. Dabei bleiben diejenigen von der Eigentumszuteilung ausgenommen, die sich politisch betätigt haben, eine Gesetzesvorschrift, die unter den um ihre Existenz (in Form eines Stückchens Land) ringenden Bauern häufig ein unerträgliches Klima der Denunzierung und des Mißtrauens schafft. Da außerdem die Zuteilung von Boden davon abhängig gemacht wird, ob die Bauern ihre Kinder zur Schule schicken, wird die Marginalisierung auf dem Lande direkt gefördert. Die als Annex 1 beigegefügte Liste aus der Provinz Colchagua gibt ein (allerdings sehr unvollständiges) Bild von den dort bereits vollzogenen Rückgaben.

### 7. Wirtschaftssystem

Bisher ist nicht genau ersichtlich, welches grundsätzliche Konzept die Junta verfolgen will. Die von ihren Exponenten benutzte Leerformel "Soziale Marktwirtschaft" hilft da auch nicht viel weiter. Und ein Land, in dem traditionellerweise der Staat, meist über die CORFO, an praktisch allen Produktivinvestitionen beteiligt ist, - im März soll das erste Seminar stattfinden über die Schaffung eines Kapitalmarktes - kann auch nicht von heute auf morgen auf einen "normalen" Kapitalismus umgestellt werden. In diesem Zusammenhang ist die dauernde Wiederholung der Notwendigkeit von Auslandsinvestitionen zu sehen: sie werden praktisch als einzige dynamische Kraft angesehen, umso

dringlicher, als sich der Staat eben aus dem Investitionsbereich zurückziehen will. und damit auf die zentralen Entwicklungsmöglichkeiten (Kupferweiterverarbeitung, Holzprodukte und Papier, sowie die noch weitgehend unerschlossenen Meeresreichtümer) de facto verzichtet: diese Bereiche erfordern Investitionen, die die Größe von Einzelkapitalen häufig übersteigen. Investiert also nicht der Staat zentral, so bleiben nur die Möglichkeiten, daß sich das Auslandskapital der Sache "annimmt" und damit die Reichtümer weitgehend außer Landes gehen, oder aber es geschieht gar nichts.

Die gegenwärtigen Versuche der Etablierung eines Konkurrenzkapitalismus haben jedoch fatale Konsequenzen: Die Freigabe der Preise mit der Konsequenz des Inflationssturzes beim gleichzeitigen Einfrieren der Löhne haben - wie gezeigt - die Massenkaufkraft um die Hälfte vermindert. Das bedeutet, daß Güter des gehobenen Bedarfs und langlebige Gebrauchsgüter, Textilien, Schuhe, Möbel, sonstige Einrichtungen nur noch von einer verschwindenden Minderheit gekauft werden können. Aussagen von Inhabern von Geschäften der "linea blanca" (Küchengeräte etc.) sprechen denn auch von Umsatzrückgängen von 90%(!), die Bierbrauerei in Concepción verkauft 40% ihres Vorjahresausstoßes etc.

Es ist völlig klar, daß diese mörderische Rezession nur Unternehmen mit entsprechenden Reserven überstehen können, wobei noch nicht einmal abzusehen ist, wann und wie die Situation sich ändert. Dies hat zur Folge, daß zahllose kleine und mittlere Produzenten gegenwärtig oder in naher Zukunft Konkurs anmelden müssen. Zahlen hierüber werden nicht veröffentlicht, in der Presse heißt es nur hin und wieder, die kleinen und mittleren Produzenten in dieser oder jener Provinz befänden sich in argen Schwierigkeiten.

Die Konsequenzen dieser Entwicklung liegen auf der Hand:

1. Rapide Konzentration der Wirtschaft ohne Wachstum, durch das Ausscheiden großer Teile der kleinen und mittleren Produzenten und des Handels.
2. Damit verbunden ein schnelles Anwachsen der Arbeitslosenzahl, was es selbst bei Freigabe der Löhne ermöglichen würde, die Löhne niedrig zu halten. Die von der Regierung veröffentlichte Zahl von 4,7% Arbeitslosen in Groß Santiago (Dezember 1973) wird von Fachleuten für lächerlich gehalten. Gewiß ist Arbeitslosigkeit in einem Land wie Chile schwer zu messen, da sich im Bereich der persönlichen Dienstleistungen, bei den 'penny-Kapitalisten' sowie auf dem Lande ein großer Teil des Problems in versteckter Arbeitslosigkeit verbirgt. Man muß aber davon ausgehen, daß in den städtischen Regionen die Arbeitslosigkeit nicht unter 15% liegen kann und weiterwächst. Für den Gastronomie-Sektor sind 40% Arbeitslosigkeit offiziell zugegeben, werden allerdings mit dem "toque de queda", dem nächtlichen Ausgangsverbot, begründet. Allerdings verzeichnet dieser Sektor auch nach der Verlegung der Ausgangssperre auf 1 Uhr früh keine Zuwächse, und auch tagsüber sind viele Restaurants völlig leer: auch hier also eher eine Konsequenz des Verlustes an Massenkaufkraft.

### Annex 1

Landgüter in der Provinz Colchagua, die bereits an ihre früheren Eigentümer zurückgegeben worden sind oder bis April 1974 zurückgegeben werden:

Güter mit einer Fläche von über 80 HRB (Hektar Bewässerungsland), meist auch Güter über 40 HRB waren legal enteignet worden, der



ehemalige Eigentümer hatte Rechtsbeschwerde eingelegt, zum Zeitpunkt des Putsches befanden sich die Verfahren noch in der Schwebe. Diese Prozesse sollen nun nicht zu Ende geführt werden, da durch die Rückgabe das Problem gelöst ist.

Das Verfahren sieht so aus: es erscheinen Militärs, Beauftragte von INDAP oder CORA - staatlichen Agrarinstitutionen - und legen den neuen Eigentümern Erklärungen zur Unterschrift vor, denenzufolge sie das Land freiwillig zurückgeben. Im Gefängnis von San Fernando sind zumindest 3 Bauern, die sich geweigert haben, diese Erklärungen zu unterschreiben. Sie sind im Gefängnis geprügelt worden. Unter diesen Umständen unterschreiben die meisten freiwillig.

Ort Chimbarongo

- "La Esmeralda": Besitzer E.Silva
- "Sta.Marta": Besitzer Luis Valdes, 60 HRB
- "Sta.Eugenia": Besitzer Ortuzar
- "Sta.Valentina", Besitzer Vasco del Solar, 200 HRB
- "Hijuela l Sta. Elisa", Besitzer Enrique Ehyerimendy, 60 HRB

Ort Pichilemu

- "Tanume" Bes.: Pedro Aspillaga Sotomayor, 540 HF (nicht auf Bewässerungsfläche umgerechnet)
- "El Puesto": Bes. Carlos Echazarreta Larrain, 2 000 HF

Ort Nancagua

- "San Ignacio": Bes. Manuel Valdes, 100 HRB
- "Sta. Elvira", 120 HRB
- "San Carlos": Bes. Viu, 80 HRB

Ort Marchihue

- "Melendez Prendes": Bes. Roberto Aquierdo Philips (verwickelt in das Attentat auf General Schneider)
- "La Tranquera": Bes. Fam. Lecaros, 250 HRB

Ort Chépica

- "Los Culenes": Bes. Ernesto Perez Briseño, 60 HRB
- "La Candelaria": Bes. Fermin del Real, 200 HRB

Ort Palmilla

- "Rinconada de Palmilla": Bes. Fam. Valdes
- "Talhuén", 40 HRB
- "San Elias" (ehemals: "Der heroische Guerrillero"), 80 HRB
- "Sta. Ana": Bes. H.Pereira, 10 HRB

Ort Lolol

- "Cera (CEntro de Reforma Agraria) Elmo Catalan", 50 HRB
- "El Portezuelo": Bes. Sergio Crespo, jetziger Landwirtschaftsminister, 4 000 HF

Ort Paredones

- "San Pancho": Bes. Sergio Crespo Montero, jetziger Landwirtschaftsminister.

**Waffenprobleme der Junta**

Der Militärattaché der chilenischen Botschaft in Bonn ist augenblicklich intensiv damit beschäftigt, in Kreisen der Bundeswehrführung gute Beziehungen herzustellen. Dahinter steht ein eindeutig politischer Auftrag. Die bundesdeutschen Militärs sollen etwas erreichen, was der chilenischen Militärjunta bisher auf direktem Wege nicht gelungen ist.

Seit den Zeiten der Regierung Frei ( 1964-1970 ) gibt die Bundesrepublik Kredite an Chile für Waffenkäufe. Nun war für September 1973 eine Lieferung von Handfeuerwaffen und Munition an die chilenische Luftwaffe vorgesehen, aber nach dem Putsch vom 11. September hat die Bonner Regierung vorläufig die Lieferung verhindert. Das chilenische Verteidigungsministerium hat daraufhin von der Herstellerfirma Heckler & Koch ( Oberndorf/Neckar ) die sofortige Auslieferung verlangt, aber einige sozialdemokratische Minister im Bundesverteidigungsrat in Bonn waren Manns genug, sich über den Vertrag hinwegzusetzen und die Auslieferung von eindeutig für die Unterdrückung der Bevölkerung bestimmten Waffen zu verhindern.

Im Dezember begann die Junta erneut, die Herstellerfirma zu bedrängen. Heckler & Koch antwortete darauf mit der Mitteilung, daß im Januar wohl der Zeitpunkt für einen Stimmungswechsel im Bundesverteidigungsrat günstig sei. Aber auch Anfang März war die Sache noch nicht zugunsten der Junta entschieden. So hat jetzt der chilenische Militärattaché in Bonn die Aufgabe, über die Bundeswehr den rechten Einfluß auf die Politik der Bundesregierung gegenüber Chile auszuüben. Nach Auskünften der Bundesregierung in der Fragestunde des Bundestags vom 20. Februar besteht auch ein dringendes Interesse der chilenischen Armee am Kauf von Kampfpanzern vom Typ Leopard und 20mm-Kanonen, die aber vorläufig nicht geliefert werden sollen.

Ähnliche Probleme für die Junta ergeben sich in der Schweiz. Hier hat das chilenische Verteidigungsministerium auf der Basis von früheren Krediten bei der Firma SIG-BÜHRLI Maschinengewehre, Gewehre und Munition bestellt und bar bezahlt. Angesichts der Gefahr, daß dieses Geschäft, das klar gegen die Gesetze und die öffentliche Meinung der Schweiz gerichtet ist, - die Empörung der Bevölkerung über die Waffengeschäfte mit Biafra und Nigeria ist in guter Erinnerung -, bekannt würde, zahlte die chilenische Regierung sogar einen erheblichen Zuschlag für sofortige Lieferung. Beide Seiten kamen inzwischen in Verhandlungen in der Pariser Botschaft Chiles überein, die Waffen in italienischen und französischen Häfen als "Möbel und Luxusartikel" zu verschiffen. Das einzige Problem, das jetzt noch bleibt, ist, daß keine chilenischen Schiffe für den Transport in Sicht sind, so daß man sich gegenwärtig nach Schiffen umsieht, die unter anderer Flagge laufen. Man hofft, daß die Schauerleute und Seeleute die Qualität der "Möbel" nicht genauer untersuchen werden.

Weniger Schwierigkeiten hat die Junta mit Brasilien, wo keine moralischen oder politischen Bedenken gegen Waffenverkäufe an Chile bestehen. So konnte der Chef der Beschaffungsstelle der chilenischen uniformierten Polizei in Brasilien ohne weiteres kleine Panzerfahrzeuge einkaufen.

Und stolz konnte der "Mercurio" am 28. Februar, dem Tag der englischen Wahlen, auch verkünden, daß die ersten drei von sechs neuen Kampfflugzeugen vom Typ Hawker Hunter - derselbe Typ, mit dem man am 11. September den Regierungspalast zerstört hatte - aus England eingetroffen waren, wo die Luftwaffe eingekauft hatte. Die restlichen drei Flugzeuge waren bereits unterwegs. Jetzt muß sich zeigen, ob die Regierung Wilson dieselbe Politik gegenüber Chile weiterführt.

Das ganz große Geschäft wittern die internationalen Waffenverkäufer, seit die peruanischen Militärs sowjetisches Kriegsmaterial eingekauft haben und die chilenische Junta mit einer Welle antiperuanischen Chauvinismus begonnen hat. Der Ex-Senator, Großgrundbesitzer und Weinexporteur Baltazar Castro, bekam sogar reichlich Publizität für die phantastische Behauptung, die Sowjets seien dabei, in Peru Rampen für Langstreckenraketen zu installieren, mit denen fast der gesamte Subkontinent kontrolliert werden könnte.

In dieser für sie günstigen Konjunktur sind jetzt Verkäufer von schweren Waffen aus den USA und aus Kanada in Chile, um schnell den größten Happen vom großen Geschäft abzubekommen. Solange nämlich gesichert ist, daß die Verteidigungskommission des US-Senats nichts davon erfährt, ist die Junta bereit, alle Waffen bar zu bezahlen, und da lohnt die Anstrengung.

Waffenlieferungen nach Chile

Bestelldatum	Lieferdatum	Lieferland	Anzahl	Gerätebezeichnung
1972	1973	UK	8	Jabos HS "Hunter"
Dez. 1972	1973	UK	6	Trainer HS "Sea Vampire"
Okt. 1969	..	UK	2	Fregatten Leander-Klasse
Okt. 1969	..	UK	2	U-Boote Oberon-Klasse
(Okt. 1969)	..	UK	..	Raketen Short "Seacat"
Herbst 1971	1973	Frankreich	10	Hubschrauber SA-330 "Puma"
1973	1973	Frankreich	5	Flugboote Convair PBV-5A
..	..	Frankreich	20	Raketen MM-38 "Exocet"
..	1973	BRD	..	Infanteriewaffen

Quelle: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), unveröff. Arbeitsbögen.

**DINA: Spezialisiert auf  
Repression**



Gaswagen-Chef Rauff

Seit Ende 1973 breitet sich im Zentrum und in den Oberklassenvierteln von Santiago eine Organisation aus, die sich auf die systematische Repression spezialisiert und schon jetzt den Ruf der Todesschwadronen nach brasilianischem Muster genießt. Sie führt den geheimnisvollen Namen DINA (Dirección de Inteligencia Nacionalista Anticomunista) und wurde im Dezember eher beiläufig in der Presse als eine Organisation genannt, die sich die Aufdeckung der "Wirtschaftsverbrechen" der Unidad Popular zur Aufgabe gemacht hat. In Wirklichkeit beschäftigt sich DINA damit, Führer der Linken aufzuspüren, Treffpunkte ausfindig zu machen und die Infrastruktur der linken Parteien auszuspionieren.

In DINA arbeiten ausgesuchte Spezialgruppen der Streitkräfte zusammen mit Mitgliedern faschistischer Gruppen. Zur Zeit zählt die Organisation etwa 600 ständige Mitarbeiter, die in Zellen zu jeweils fünf organisiert sind. Innerhalb der Zellen hat jedes Mitglied eine spezielle Aufgabe wie Kommunikation, Verschlüsseln und Entschlüsseln von Nachrichten, Physiognomie u.a. Systematisch werden die Gewohnheiten der Leute, die man als Links einschätzt, studiert: wie sie sich kleiden, welche Gebräuche sie haben, wie sie sich geben etc.. Darüberhinaus konnte ein Netz von Informanten und Zuträgern aufgebaut werden, in dem Leuten wie Hausmeistern, Fahrstuhlführern, Gärtnern, Kleinhändlern, soweit sie das Vertrauen der Faschisten besitzen, eine bedeutende Rolle zukommt.

Im Zentrum von Santiago und in den Stadtteilen Providencia, Vitacura, El Arrayan, in denen sich die chilenischen Oberklasse konzentriert, ist die Organisation bereits so effektiv, daß die politische Arbeit der Linken dort praktisch unmöglich geworden ist. Die Arbeit von DINA dehnt sich jetzt aber auch auf kleinbürgerliche Viertel wie Nunoa und La Reina aus.

An der technischen Vorbereitung und Ausbildung der Zellen von DINA ist nach verlässlichen Berichten einer Person, die im Informationsapparat der Junta arbeitet, auch ein Mann beteiligt, der einschlägige Erfahrung hat. Es handelt sich um den ehemaligen Gruppenleiter IID, SS-Obersturmbannführer, später sogar SS-Standartenführer, Walter Rauff.

Rauff, heute 67 Jahre alt, war seit 1941 verantwortlicher Einsatzleiter der Vergasungswagen, mit denen bis Anfang Juni 1942 schon mindestens 97 000 Juden vernichtet worden waren. Er ist nach dem II. Weltkrieg vor der Justiz über Italien, Syrien, Ekuador und Bolivien nach Chile geflüchtet, wo er sich als "kultivierter" Kaufmann in Punta Arenas niederließ. Heute ist er Aktionär des Fischereiunternehmens Camello und hat viele Freunde in der Armee. Zwei Söhne von ihm haben die Heeresoffiziersschule besucht. Ein Auslieferungersuchen der Bundesrepublik zu Beginn der 60er Jahre scheiterte, die chilenische Justiz, schon damals auf der rechten Seite, machte geltend, daß Mord in Chile schon nach 15 Jahren verjährt.

## Theologie des Massakers

### ZU DEN THEOLOGISCHEN POSITIONEN DER RECHTEN IN CHILE

Es hat in Chile eine Unmenge von Rechtfertigungen des Massakers gegeben, das die Rechte seit dem Putsch vom 11.9.73 veranstaltete. Eine dieser Rechtfertigungen ist theologisch, und es soll im folgenden versucht werden, ihre Operationsweise darzulegen. Dabei soll auch der Sinn gezeigt werden, den es hat, von einer Theologie des Massakers zu sprechen.

Die Argumentationsformen, die man dabei anwendet, sind in Wirklichkeit uralt und wurden zum Zweck der Rechtfertigung der Junta lediglich aktualisiert. Aber auch dieser Prozess der Aktualisierung begann schon längere Zeit vor dem eigentlichen Putsch. Zweifellos jedoch erreichte er in den Tagen des Putsches selbst seinen Höhepunkt und konnte eine Zahl von Menschen ergreifen wie nie zuvor.

Das Grundschema dieser Theologie des Massakers entwickelte Hasbun, und die Plattform, auf der er sie dem chilenischen Volke vermitteln konnte, gab ihm der Fernsehkanal der katholischen Universität Santiago, deren Präsident (Gran Canciller) der Kardinal Silva Henríques ist.

Es wurde formuliert am 11. und 12. September 1973, als die chilenischen Militärs gegen ihre Regierung aufstanden, und die allgemeine Kampagne der Rechten gegen die Regierung zu einer Kulmination des Hasses des Bürgertums gegen die Arbeiterregierung geführt hat. Auf dem Höhepunkt dieser Kampagne hatte Pater Hasbun im Fernsehkanal der katholischen Universität am 5. September Allende zum Rücktritt aufgefordert und Slogan der Rechten unterbaut: Rücktritt oder Selbstmord. Flugblätter der Rechten wurden auf den Strassen verteilt und durch alle ihr zuneigenden Kommunikationsmittel verbreitet, in denen öffentlich zum Mord der Politiker der UP aufgefordert wurde.

Der Hass des Bürgertums hatte einen Grad erreicht, bei dem es ganz einfach Blut fliessen lassen wollte. Zu seiner Rechtfertigung brauchte es daher weder Religion noch Theologie. Was es jedoch brauchte, war ein gutes Gewissen für das Massaker, das seit dem 11.9. andauert. Dieses konnten wiederum nur Religion und Theologie liefern.

Pater Hasbun, gewissenloser Meinungsmacher und Kommunikationsmittelgangster, gegen den ein Verfahren wegen Totschlag lief, das allerdings nach dem 11.9. kommentarlos niedergeschlagen wurde, übernahm die Funktion, allenötigen Elemente einer Theologie des Massakers zu liefern, durch die er die Basis für die spätere Position der katholischen Kirche gegenüber der Junta lieferte.

Wir werden im folgenden eine Zusammenfassung geben der theologischen Einordnung des Massenmords in den Sendungen des katholischen Fernsehens vom 11. und 12. September - den Tagen des Putsches -, werden aber gleichzeitig durch Randnoten zeigen, wie in diesen Tagen die Grundschemas gelegt werden für die zukünftige Position der katholischen Kirche gegenüber der Junta. Da Pater Hasbun ausschliesslich in der Form theologischer Arche-

typen redet, werden wir in einem zweiten Teil zeigen, wie die gleiche Argumentation aussieht, wenn sie - pseudorational - in Termini der katholischen Soziallehre geboten wird.

1. Die Kommentare des Fernsehkanals der Katholischen Universität vom 11. und 12. September zum Putsch in Chile.

Der Kanal nutzte die Tatsache aus, dass unmittelbar nach Bekanntwerden des Putsches die grosse Masse der Bevölkerung in ihre Häuser zurückkehrte. Soweit sie Fernsehapparate besass, wurden diese zum wichtigsten Kontakt zur Aussenwelt. Während des Vormittags des 11.9. gab es noch einige Regierungssender, die sich nicht der von der Junta angeordneten Informationskette anschlossen, die aber im Laufe des Vormittags zerboombt wurden. Kanal 13 schloss sich selbstverständlich vom ersten Moment an dem Putsch an, andere Fernsehkanäle sendeten nicht und das Regierungsfernsehen konnte mit seinen Sendungen nicht einmal beginnen.

Ab 18<sup>00</sup> abends war absolutes Ausgangsverbot, das den nächsten Tag über andauerte und erst am 13.9. um 12<sup>00</sup> mittags endete. Für die, die einen Fernsehapparat hatten, wurde daher der Kanal 13 zum wichtigsten Kontaktmittel zur Aussenwelt. Von aussen hörte man Schüsse, Krankenwagen, Bombenflugzeuge und Hubschrauber, im Haus selbst sah man fern.

Ohne Konkurrenten, konnte jetzt der Pater Hasbun mit der höchsten Zuhörerzahl in der Geschichte des chilenischen Fernsehens rechnen. Seine Aufgabe sah er darin, die Loyalität und das gute Gewissen dieser Bevölkerung gegenüber dem Putsch und ganz besonders gegenüber dem Massaker, das draussen abliefe und das keinem seiner Zuhörer entging, zu sichern. Als katholischer Priester, der sich nicht in Politik einmischte, konnte er das nur erreichen, indem er christliche archetypische Vorstellungen auf die Ereignisse hin manipulierte. Darüber hinaus musste er alle vordergründigen Überzeugungen dieser seiner Zuhörer überspringen. Denn diese waren verfassungstreu, stolz auf die chilenische Geschichte, von der sie glaubten, dass sie keine Militär- und sonstigen Diktaturen kenne, dass sie eine Geschichte ohne Terror sei usw. In dieser vordergründigen Sicht waren sie ihrem Präsidenten treu, auch wenn sie nicht mit ihm einverstanden waren. Der Bombenangriff auf den Regierungspalast La Moneda und den Präsidentensitz Tomas Moro war ein Schock für alles, was sie bisher unter Chile verstanden hatten. Pater Hasbun wusste, dass man angesichts dieses Dramas nicht theoretisch und nicht einmal demagogisch argumentieren konnte. Argumente gab es nicht in diesem Moment. Er formte daher das gesamte Programm dieser Tage in "geistliche Exerzitionen" um, die den chilenischen Bürgern eine theologisch bestimmte Grundhaltung übermitteln sollte, auf deren Basis sie dann ihre vordergründigen Ansichten über Verfassung, Pressefreiheit, Menschenrechte und Loyalität neu formulieren konnten. Er feierte für die chilenische Bevölkerung eine "Schwarze Messe".

Diese begann am nachmittag des 11.9., des Putschtages. Den Tag über waren Bombenangriffe und Luftangriffe mit Hubschraubern gegen Regierungsgebäude und von Arbeitern besetzte Fabriken, gegen Zeitungen und Radiostationen geflogen worden. Loyale Truppen und Zivilisten waren in den Strassen erschossen worden. Es gab wenige Chilenen, die solche Vorfälle nicht gesehen oder

von Freunden mitgeteilt bekommen hatten.

Am Morgen hatte Radio Corporación (Sozialistische Partei) die Soldaten zum Ungehorsam gegenüber putschenden Militärs aufgerufen. Die Gewerkschaftszentrale CUT forderte die Arbeiter zur Besetzung ihrer Fabriken auf. Allende hatte 3 mal zur Bevölkerung gesprochen und die Militärs des Verrats angeklagt. Die Radiostationen der Regierung fielen eine nach der anderen durch Bombenangriffe aus. Die Stationen der Junta forderten den Präsidenten zur Kapitulation auf und kündigten dann Bombenangriffe auf den Regierungspalast an. Es folgten Aufrufe an die Feuerwehr, die Brandkatastrophe zu löschen. Ausländer ohne gültige Papiere sollten sich der Polizei übergeben.

Die Junta machte aus den Bombenangriffen auf Regierungspalast und Präsidentensitz Präzedenzfälle. Immer und überall werde man mit der Energie und Entscheidungskraft handeln, die die Bürger bei diesen Bombenangriffen kennengelernt hätten. So wie man diese Regierungsgebäude behandelt hätte, werde man alle besetzten Fabriken ohne Gnade unterdrücken. Erste Verhaftungslisten wurden verlesen, eine Ausländerliste und eine Liste von Chilenen. Schliesslich rief man die Bürger dazu auf, Fahnen zu hissen: "In diesem Frühling erscheint eine neue Hoffnung für das Vaterland."

Der Fernsehkanal 13 der katholischen Universität unterbrach hier seine Sendungen. Es folgten - von Pater Hasbun gesprochen - religiöse Phantasien, die begleitet waren von stillen und friedlichen Landschaften, unterbrochen von Bildern im Paradeschritt marschierender Soldaten: "Der Herr ist mein Licht... Wer liebt, fürchtet sich nicht. Die vollkommene Liebe verwirft die Furcht, denn die Furcht setzt Strafe voraus und ist nicht vollkommen in der Liebe. Die Gebote Gottes bedrücken nicht, denn alles was aus Gott geboren wird, besiegt die Welt. Und dies ist der Sieg, der die Welt besiegt, unser Glaube. Wer ist es, der die Welt besiegt, wenn nicht derjenige, der glaubt, dass Jesus der Sohn Gottes ist. Dieses sage ich Euch, meine Freunde. Fürchtet Euch nicht vor jenen, die den Körper töten und nichts weiter tun können. Fürchtet Euch vor dem, der Euch in der Hölle begräbt, nachdem er Euch getötet hat..."

Habt keine Furcht. Ihr seid mehr wert als ein Schwarm von Vögeln. In der Welt werdet Ihr leiden müssen, aber bewahrt den Mut. Ich habe die Welt besiegt."

Der Herr als Licht, Liebe die keine Furcht kennt, der Glaube, der die Welt besiegt und der, der in Jesus glaubt, besiegt die Welt. Zwei Tode. Einer, dem kein neuer Tod mehr nachfolgt, ein anderer, dem die Hölle nachfolgt. Leidende, die den Mut bewahren müssen.

Das Grundschema dieser Theologie des Massakers zeichnete sich hier bereits ab. Es gibt eine gute Macht, deren Licht der Herr ist, und deren Repräsentanten an Jesus glauben und folglich die Welt besiegen. Sie leiden, aber bewahren den Mut. Den Tod brauchen sie nicht zu fürchten, denn diejenigen, die sie töten, können ihre ewige Seeligkeit nicht bedrohen. Der Gegner dieser guten Macht will den Körper der Repräsentanten der guten Macht töten, gleichzeitig aber auch ihre Seelen und ihre ewige Seeligkeit. Diese böse Macht ist die Welt, der man nicht verfallen darf, aber seit diesem 11.9. auch nicht mehr verfallen ist.

Der Glaube hat die Welt besiegt. (1)

In den folgenden, bis zum 12.9. im Programm des Kanals 13 verstreuten religiösen Phantasien des Pater Hasbun wird dieses Grundschema in seinen Verästelungen aufgezeigt.

Am selben 11.9. um 18<sup>00</sup> wurde ein Bericht über die Situation im Lande gesendet, in dem die Junta behauptete, dass sie in allen wichtigen Orten die Lage beherrsche. Hierauf folgte folgende Phantasie des Pater Hasbun: "Der Dieb kommt nur, um zu zerstören. Ich hingegen bin gekommen, damit die Schafe das Leben haben, und es in Fülle haben. Ich bin der gute Hirt. Der gute Hirt gibt das Leben für seine Schafe, der Landsknecht sieht den Wolf kommen und verlässt die Schafe. Höre, denn ihn interessieren nicht die Schafe, sondern sein Sold. Ich bin der gute Hirt, mit meinen Schafen, und ich gebe mein Leben für sie."

Der Glaube, der die Welt besiegt, hat sich in den guten Hirten verwandelt, und der gute Hirt ist ein Soldat, der mit Maschinenpistole die der Welt verfallenen hetzt. Er gibt sein Leben für seine Schafe und kommt, damit die Schafe Leben haben. Die Menschen jener Welt aber, die durch den Glauben besiegt wird, geben nicht ihr Leben. Es sind Landsknechte, die es aufs Geld abgesehen haben. Wenn der Wolf kommt, fliehen sie.

Dass jener gute Hirt gleichzeitig der Wolf ist, vor dem diese "Schafe" fliehen, entgeht Hasbun. Die Landsknechte sind natürlich die Politiker der UP, die nicht etwa vor einem alles Recht brechenden Gewaltregime fliehen, sondern vor dem guten Hirten. Anstatt sich umbringen zu lassen, verstecken sie sich.

Es folgen die Nachrichten, in denen der zerstörte Regierungspalast und das Präsidentensitz gezeigt werden, und die Proklamation der Junta verlesen wird. Sie schliessen mit folgendem Text ab:

"Ehrerbietig erneuern wir unsere Einladung an alle, die an einen Gott, Herrn der Geschichte, glauben, damit das Gebet ihres Glaubens auf unser Volk die Gabe des Friedens, auf dem Weg über die Gerechtigkeit, herabziehe."

Der Glaube, der die Welt beseeligt, der sich kurz vorher in den guten Hirten und dann in den mit Maschinenpistolen bewaffneten Soldaten verwandelt hat, ist jetzt Gott, Herr der Geschichte. In dem Text, der in der Sendung unmittelbar folgt, wird erklärt, was die Menschen diesem Gott gegenüber sind, und welche Menschen diesem Gott wohlgefallen:

"Je grösser Du bist, umso demütiger musst Du Dich machen, um Gnade vor dem Herrn zu finden. Denn die Macht des Herrn ist gross, aber es sind die Demütigen, die ihn ehren. Suche nicht, was für Dich zu schwierig ist.. Übe Deinen Geist an dem, was Dir gegeben ist, und Sorge Dich nicht um geheimnisvolle Dinge. Ein verstocktes Herz endet im Unglück und wer die Gefahr liebt, verfällt ihr... Für die stolze Seele gibt es keine Heilung, denn das Böse hat in ihr Wurzeln geschlagen. Brüder, wenn ihr meine Freude krönen wollt, habt eine gleiche Liebe, eine gleiche Seele, einen gleichen Sinn. Tut nichts aus Parteigeist, nichts aus Eitelkeit. Jeder von Euch möge aus Demut die andern höher als sich einschätzen, jeder suche nicht seine eigenen Interessen, sondern denke eher an die Interessen der andern. Und habt unter Euch die gleichen Gefühle wie Jesus Christus, der, obgleich von göttlicher Natur, sich nicht eifersüchtig an

seinen Rang klammerte, sondern zu uns herabstieg, die Lage eines Knechts annahm und sich sogar noch mehr demütigte, indem er gehorsam wurde bis zum Tode, und bis zum Tode am Kreuze. Deswegen hat ihn Gott erhöht und ihm einen Namen gegeben, der über allen Namen ist. Und Maria sprach: Ich bin die Sklavin des Herrn gewesen, mir geschehe nach Deinem Worte... Deswegen werden alle Generationen sie glücklich nennen."

Dem Gott, Herrn der Geschichte, gefallen die Demütigen, ihnen wendet er seine Gnade zu. Um demütig zu sein, muss<sup>das</sup> annehmen, was einem zukommt, sich nicht mit mysteriösen Sachen beschäftigen und darf nicht die Gefahr lieben. Wer hingegen unzufrieden ist mit dem, was ihm zukommt, sich mit mysteriösen Sachen beschäftigt und die Gefahr liebt, ist widerspenstig und stolz, die Gnade wendet sich ab. Für den stolzen gibt es keine Heilung, das Böse hat Wurzeln in ihm geschlagen, er begeht die Sünde, für die es keine Verzeihung gibt.(2)

Dem Herrn der Geschichte gefallen diese Art von Demütigen, die sich in ihr Schicksal finden, und er wendet seine Gnade von den Stolzen ab, weil sie das Schicksal ändern wollen. Die Demütigen sind nicht die Armen, sondern sind diejenigen - Arme oder Reiche - ,die ihre legitimen Rechte akzeptieren, und die Stolzen sind diejenigen, die die Legitimität dieser Rechte bezweifeln.

In diesem Kontext interpretiert der Pater Hasoun die Stellung von Jesus Christus. Da er aus seiner Gottessohnschaft keine Konsequenzen für sein Leben als Mensch auf dieser Erde ableitete, sondern Knecht wurde bis zum Kreuzestode - wäre er stolz gewesen, wäre er natürlich König geworden - , wurde er nach seinem Tode über alle gestellt. Und Maria, die dasselbe tat, ist für alle Zeiten die wahrhaft glückliche zu nennen. Wie man sieht, zu diesen Stolzen gehören eben auch jene Christen, die den Klassenkampf führen zu müssen glauben. Auch sie begehen die Sünde des Stolzes, für die es keine Verzeihung gibt. Sie haben aus der Gottessohnschaft Konsequenzen für das diesseitige Leben gezogen, was eben die Demut verletzt. Dies ist Parteiengeist und Eitelkeit. In der Demut aber kann man eine Liebe, eine Seele, einen Sinn haben.

Die Menschen der Welt also, die vom guten Hirten ungebracht werden, haben die Sünde des Stölzes begangen, für die es keine Verzeihung gibt. Deshalb werden sie vom Glauben besiegt, der die Welt besiegt.

Zum Abschluß des Tages stellt sich die Militärjunta in einem feierlichen Akt, der durch das Fernsehen und den Rundfunk übertragen wurde, dem Lande vor. Sie erklärt das Parlament für aufgelöst, erklärt als ihr Hauptziel, gegen das marxistische Krebsgeschwür anzukämpfen und es bis zu den letzten Konsequenzen auszumerzen. Nach dem Juntamitglied Leigh, General der Luftwaffe, gibt es keinen andern Unterschied mehr unter den Chilenen, als den, Marxist zu sein oder es nicht zu sein. Nach dem Admiral Merino, ebenfalls Juntamitglied, kommt es dabei auf die Kosten nicht an, und es ist gleichgültig, welche Opfer gebracht werden müssen.

Am Morgen des Mittwoch, 12.9., dem zweiten Tag des Putsches, an dem ein absolutes Ausgangsverbot galt, beginnt die Berichterstattung des Fernsehkanals der katholischen Universität - des

immer noch einzigen funktionierenden Fernsehkanals des Landes - mit Reportagen über den zerstörten Präsidentensitz Tomas Moro und des Regierungspalastes La Moneda. Man versucht, den Präsidenten Allende als einen Mann zu zeigen, der im Luxus gelebt habe. Ausführlich zeigt man das Wohnzimmer des toten Präsidenten, sein Arbeitszimmer, in dem man ein Buch über Cuba mitten auf den Lesetisch gelegt hat, seine Lebensmittelvorräte und Spirituosen. Danach zeigt man die Waffen der Leibgarde Allendes und bezeichnet sie als Waffenarsenal.

Pater Hasoun kommentiert:

"Herr, unser Gott. Wie gross ist Dein Name im ganzen Universum. Gesegnet sei Gottvater, unser Herr Jesus Christus, der uns in den Himmeln gesegnet hat, in seinem Christus, mit allen Formen geistlichen Segens. Er erwählte uns, in Christus, schon vor Anbeginn der Welt, damit wir in seiner Gegenwart unbefleckte Heilige seien. Meine gute Liebe, die von vornherein bestimmte, dass wir seine Adoptivsöhne in Christus sein sollten."

Während die Erschiessungen von Arbeitern massenhaft vor sich gehen und tatsächlich weitgehend keine Gefangenen gemacht werden, schliesst das katholische Fernsehen seinen Morgennachrichtendienst mit folgenden Worten ab:

"An diesem 12. September begrüßen wir besonders alle Frauen, die den Namen Mariens tragen, und denen wir Glück wünschen an ihrem häuslichen Ort. Wir vertrauen darauf, dass Maria, die jungfräuliche Mutter und Königin dieses Landes, über ihr Volk wachen wird."(Der 12. September ist das Namensfest Mariens)

Die Junta lässt danach eine Erklärung an die Arbeiter verlesen, in der sie davon spricht, dass diese jetzt endlich wieder mit erhobener Stirn ihre Fabriken betreten können, in denen jetzt die wirkliche Gerechtigkeit regieren werde, ohne Politikastelei, mit der einzigen Politik, die das Gemeinwohl der gesamten nationalen Gemeinschaft sei. Es folgt die Verlesung einer Personenliste von gesuchten Ausländern, unter ihnen Professoren, Journalisten, Mitarbeiter der Regierung und ein katholischer Priester aus einem Arbeiterviertel.

Man verliesst dann als Ausnahme vom Ausgangsverbot die Genehmigung von Beerdigungen, und kündigt Erklärungen der CUT und der Christdemokraten an, die allerdings nie gesendet werden. Eine Deklaration der Junta spricht erneut von "wirklicher sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Hoffnung": "Wir sind fähig, aus diesem Land das zu machen, was alle wollen: eine grosse Fabrik des Fortschritts und des Wohlstands, der Ordnung und der Gerechtigkeit." Endlich gibt es jene professionellen Agitatoren nicht mehr, die den Hass unter Brüdern säen. (Man sagt dies im Moment des grössten Massakers der Geschichte Chiles)

Hierauf folgt die Übertragung der Vereidigung des Kabinettes in der Escuela Militar. "Das Kabinett, auf das das ganze Land seine Hoffnung gesetzt hat." Die Vereidigung findet statt auf die acta de constitución de la junta. In dieser Gründungsakte heisst es: Die Junta "wird die volle Geltung aller Kompetenzen der Gerichtsbarkeit garantieren, und sie wird die Verfassung und die Gesetze der Republik achten, soweit die gegenwärtige Situation des Landes es erlaubt bei der Erfüllung der Zielvorstellungen, die sie sich gesetzt hat."

Die Junta vereidigt sich folglich darauf, Gerichtsbarkeit und Verfassung nur soweit zu respektieren, wie es ihr richtig scheint, d.h. aber, sie nicht zu respektieren. Diese Vereidigung, in der man verspricht, die Verfassung gerade nicht zu achten, hat folgende Formel:

"Schwört Ihr bei Gott, beim Vaterland und bei der Gerechtigkeit, die Forderungen der Gründungsakte der Junta zu achten und durchzusetzen mit aller Energie Eurer Liebe zu Chile und mit allen Mitteln, die Euch zu Gebote stehen, ganz unabhängig davon, welches Opfer dies bedeutet?"

Es handelt sich um das erste Kabinett seit der Säkularisierung Chiles, das wieder im Namen Gottes vereidigt wird, gleichzeitig aber auch das erste der Geschichte Chiles, das auf die Gesetzlosigkeit schwört. Man schwört im Namen Gottes, gesetzlos zu handeln. (Dieser Schwur spielt später eine gewisse Rolle deshalb, weil die protestantischen Kirchen ihre öffentliche Unterstützung des Regimes damit begründen, dass die Regierung endlich wieder im Namen Gottes vereidigt worden sei). (4)

Natürlich schwören nur die Mitglieder der Junta im Namen Gottes, die Minister schwören einfach nur so. Da Militärs in Sachen Hierarchie sehr bewusst handeln, kann man sich vorstellen, was dies bedeutet.

Man kündigt dann die Erschiessung eines Carabineros in Antofagasta an, der Widerstand gegen den Putsch geleistet hatte.

Hierauf fordert man zur Blutspende in den Krankenhäusern des staatlichen Gesundheitsdienstes auf. (Personen, die zum Zentralkrankenhaus (posta central) gingen, um Blut zu spenden, wurden allerdings zurückgeschickt mit der Begründung, dass praktisch nur Tote angeliefert würden.) Man ruft zur Sammlung von Medikamenten fürs Militärkrankenhaus auf. In einer neuen Deklaration der Junta bedroht man mit sofortiger Erschiessung jeden Arbeiter, der in einer Fabrik angetroffen wird oder Gegenstände aus ihr entfernt.

Hierauf ruft man generell zur Denunziation von Sabotagen, von Waffenverdächtigen, von marxistischen Politikern und Anführern und von verdächtigen Ausländern auf. Man tut dies zur Unterstützung der immer massiver werdenden Kampagne von gewaltsamen Hausdurchsuchungen von seiten des Militärs und der Polizei. (5)

Das katholische Fernsehen, durch den Mund Hasbuns, sagt dazu, indem es auf dem Bildschirm Kanonen und ihre Kanonen abschiessende Kriegsschiffe zeigt:

"Bittet, und Euch wird gegeben werden, sucht, und Ihr werdet finden, klopfet an, und es wird Euch aufgetan werden, denn wer bittet, empfängt, wer sucht, findet, und wer anklopft, dem wird aufgetan. Ist unter Euch irgendein Vater, der seinem Sohn einen Stein gibt, wenn er um Brot bittet, der ihm eine Schlange gibt, wenn er um Fisch bittet, oder der ihm einen Skorpion gibt, wenn er um ein Ei bittet? Also, wenn Ihr, die Ihr böse seid, Euren Söhnen gute Dinge zu geben wisst, um wieviel mehr wird der Vater im Himmel den Heiligen Geist denen geben, die um ihn bitten."

Dieser Heilige Geist kommt aus dem Mund der Kanonen von Kriegsschiffen, die auf das chilenische Volk schiessen, das Brot und Fisch bittet. Brot und Fisch, die es jetzt nur noch für diejenigen gibt, in deren Namen die Kanonen schiessen, und die nicht etwa bitten, sondern sich nehmen. Für Pater Hasbun und das katholische Fernsehen ist das natürlich die heile Welt, in der die Richtung der Kanonen und die Absicht des heiligen Geistes eine und dieselbe ist.

Gott Vater der Herr der Geschichte, Jesus Christus der Kanonier ihrer Kanonen, und der Heilige Geist ihre Treffsicherheit gegen die Stoizen, das ist die Hasbunsche Dreifaltigkeit des Massakers. Die Theologie einer Kirche, die die Ketzer bestraft und den Sündern mild ist. Hier wird nur den Sündern gegeben, wenn sie bitten, keineswegs allen, und vor allem nicht den Ketzern. Denn die Ketzer, weil sie stolz sind, wissen nicht wirklich zu bitten.

Es folgt die Information über Allendes Tod. Dieser habe Selbstmord begangen und sei bereits beerdigt. Vor seinem Tode hätten die Staatssekretäre Vergara und Flores die Übergabe angeboten, was am Tag vorher bereits behauptet worden war, aber vom letzten noch funktionierenden Radio der Unidad Popular - Radio Corporación - kurz vor seiner endgültigen Zerstörung noch demontiert wurde.

Hierauf folgt die Veröffentlichung eines Ultimatums zur Streckung und Übergabe der Waffen. Das Ultimatum ist auf 15<sup>00</sup> festgesetzt, für diesen Zeitpunkt werden definitive Angriffe mit allen Mitteln auf Wohnbezirke, Fabriken und sonstige Zentren angesagt. Vom gleichen Zeitpunkt an werden keine Gefangene mehr gemacht, alle die danach ergriffen werden, werden sofort erschossen. (Tatsächlich hält man sich nicht einmal an dieses barbarische Ultimatum: kurz nach 14<sup>00</sup> verstärken sich die Einsätze der Luftwaffe auf Wohnbezirke und Fabriken.)

Dies wird vom katholischen Fernsehen folgendermassen kommentiert:

"Und der Herr spricht: Soviel Ihr auch Eure Gebete vervielfacht, ich erhöre Euch nicht. Eure Hände sind voll Blut. Wascht Euch, reinigt Euch. Lasst das Böse. Sucht die Gerechtigkeit. Helft dem Unterdrückten, seid gerecht mit dem Waisen, verteidigt das Recht der Witwe... Seien auch Eure Sünden wie Scharlach..., sie werden wie Wolle sein. Die Gnade und der Friede werden durch ihn gegeben werden, durch ihn, der kommen wird, und durch Jesus Christus, Erstgeborener unter den Toten, König der Könige der Erde. Er liebt uns, und hat uns durch das Blut von unseren Sünden reingewaschen. Er ist das Opferlamm, das uns für Gott zum Preis seines Blutes gerettet hat, uns, Menschen aller Rassen, Sprachen, Völker und Nationen... Wer von Euch, wenn er 100 Schafe hat und eines verliert, verlässt nicht die übrigen 99 und geht los, um das einzige verlorene zu suchen, bis er es findet. Ich versichere Euch, im Himmel wird es mehr Freude geben über einen einzigen Sünder der sich bekehrt, als über 99 Gerechte, die der Bekehrung nicht bedürfen."

Wer sich nicht bekehrt, hat kein pardon, Gott hört sie nicht. Es ist Gott Vater in Person, der ab 15<sup>00</sup> in Santiago die Gefangenen erschossen wird, vertreten durch die Generäle -

die Könige der Erde - , deren Kronprinz Jesus Christus ist. Der gute Hirt ist jetzt derjenige, der die "Bekehrten" empfängt, und sie ins Konzentrationslager schickt wo sie von ihren "blutbeschnitzten" Händen gewaschen und gereinigt werden. Und die Heiligen im Himmel freuen sich. (6)

Dieser perverse Zyklus des katholischen Fernsehens - vom Pater Hasbun inspiriert - , endet mit den Abendnachrichten auf eine Weise, die nun tatsächlich keinen Zweifel mehr lassen kann, dass es sich um eine Theologie des Massakers handelt, vorgeführt nach dem Muster eines Cursillos de Cristianidad, geistlicher Exerzition, die in Lateinamerika zur moralischen Aufrüstung des aggressiven klerikalen Faschismus vom Opus Dei gefördert werden. (Über diesen Opus Dei läuft - wie es scheint - übrigens ein guter Teil der Hilfe der katholischen Kirche Deutschlands für Chile, und federführend ist Bischof Hengstbach).

Diese Abendnachrichten vom Mittwoch, dem 12.9.1973 knüpfen an eine etwa einjährige bewusste und vom katholischen Fernsehen auf breiter Basis geführte Kampagne des Massenmords an. Diese Kampagne fand statt unter dem Namen Djakarta und führte dem chilenischen Volk das grosse indonesische Massaker des Jahres 1965 vor Augen, in dem alle mittleren und höheren Kader der indonesischen Linken innerhalb weniger Wochen ermordet wurden. Die Djakartakampagne rief zur Wiederholung dieses Experiments in Chile auf, und wurde besonders unterstützt von den Zeitungen El Mercurio, La Segunda und Tribuna, von der Radiostation Radio Agricultura, und vom Fernsehkanal der katholischen Universität.

Sie erreichte in diesen Abendnachrichten ihren Höhepunkt, als der Nachrichtensprecher davon sprach, dass in Indonesien alles gut ginge, und das Land jetzt in einen Industriestaat verwandelt werde. Der Korrespondent des Kanals in Djakarta habe berichtet, dass es zwar noch Probleme gäbe und man nicht das Ziel aus dem Auge verlieren dürfe, dass man aber gleichzeitig mit Krediten aus dem Ausland rechnen könne.

Dies ist die typische verschlüsselte Form, in der diese Kampagne geführt wurde, nachdem einmal der Mehrzahl der Fernsehzuschauer des Kanals der katholischen Universität bekannt war, was Djakarta bedeutete. Einen Korrespondenten des Kanals in Djakarta gibt es natürlich nicht.

Unmittelbar auf diese Djakartanachricht folgten folgende Texte, die schon am Morgen desselben Tages die Nachrichten abgeschlossen hatten:

"An diesem 12 September begrüßen wir besonders alle Frauen, die den Namen Mariens tragen, und denen wir Glück wünschen an ihrem häuslichen Ort. Wir vertrauen darauf, dass Maria, die jungfräuliche Mutter und Königin des Landes, über ihr Volk wachen wird. Ehrerbietig erneuern wir unsere Einladung an alle, die an einen Gott, Herrn der Geschichte, glauben, damit das Gebet ihres Glaubens auf unser Volk die Gabe des Friedens, auf dem Weg über Gerechtigkeit, herabziehe. Die katholische Universität Chiles begleitet Sie mit ihrer Botschaft der Hoffnung, Gottes, des Vaterlandes und der Universität."

Diese Ausarbeitung der Theologie des Massakers war nicht nur für diese zwei Tage bestimmt. Sie bestimmte vielmehr weiterhin

die Position eines Grossteils der öffentlich in Chile auftretenden katholischen Kirche, vor allem aber die weitere Programmation des Fernsehkanals der katholischen Universität, deren Gran Canciller der Kardinal ist. (7) Von Interesse ist dabei ebenfalls, dass dieser Fernsehkanal aus Geldern der katholischen Kirche Deutschlands - insbesondere Misereor und Adveniat - mitfinanziert worden ist. Diese Finanzierungszentren zogen ihre Gelder mit der Genauigkeit einer Uhr von allen Aktivitäten in Chile zurück, in denen die Christen für den Sozialismus Einfluss bekamen. Die Massenmordkampagne hingegen erschütterte sie nicht. Eine besonders pikante Auffassung von Entwicklungshilfe und pastoraler Aktion.

- (1) Anfang Dezember sagte Pater Hasbun: "Was mich angeht, hat der Hahn gekrächzt, in Chile ist der Morgen gekommen und die Alpträume der Nacht haben sich in Luft aufgelöst" (Qué Pasa, 7.12.73, S.9)
- (2) Über Allende sagte Hasbun später: "Was mich immer an ihm schockierte, war sein Hochmut... Niemals habe ich an ihm eine grosszügige Geste gegenüber einem Gegner gesehen. Zweifellos war er nicht unter dem Einfluss des Heiligen Geistes." (Qué Pasa, 7.12.73, S.9)
- (3) Dass für das katholische Fernsehen alle Frauen, die Maria heissen, am häuslichen Herd anzutreffen sind, ist nicht zufällig. Zur neuen Moral gehört auch die Rückweisung der Frau in den Haushalt. Aber nicht nur der Haushalt. Die Zeitung La Tercera machte am 21.9.73 eine Reflektion über die Kleidung der Frau, die zeigt, wie weit der Bereich der Frau über den Kochtopf hinausgeht: "...sie waren die ersten und hingegensten Kämpferinnen für diese Unabhängigkeit und sollten jetzt nicht zurückbleiben. Da ihre Mission erfüllt ist, scheint es uns gerechtfertigt, dass man den Uniformierten die lange und erschöpfende Tage mit Patrouillen verbringen, eine Zerstreung bietet, ein Geschenk für den Anblick. Wenn sie dies in Betracht ziehen, müssten die Frauen doch zu den Röcken zurückkehren, besonders jetzt, wenn der Frühlingswind mit einer unvergleichlichen Grazie mit ihnen spielt."
- (4) Statt ein Tintenfass zu werfen, schrieben die protestantischen Kirchen in ihrer Ergebenheitsadresse u.a. folgendes: "Dieser vor Gott geschworene Eid gibt uns den Mut, uns an die Autoritäten und ans Volk zu richten, um ihnen unser Wort von Hirten, die Jesus Christus treu bleiben wollen, zuzusenden." Sola fide, kann man da nur sagen. Nach Le Monde vom 25.1.74 sagte ein hoher Würdenträger der katholischen Kirche: "Die neuen Führer haben in unsern Augen den Vorteil, katholisch zu sein."
- (5) Diese Durchsuchungen waren systematische Plünderungen, die durch Dekret vom 28.11. (El Mercurio) in legale Plünderungen verwandelt wurden. Danach dürfen die Militärs zur Obhut empfangene oder genommene Gegenstände und Werte verschwinden lassen. Das Dekret gilt rückwirkend und für die Zukunft, darf also nicht mit einer Amnestie verwechselt werden.

(6) Für die Luftwaffenoffiziere, die in der Academia de Guerra Aerea (Kriegsakademie der Luftwaffe) gefangen gehalten wurden, und die am 2. April 1974 wegen Verfassungstreue vors Kriegsgesicht gestellt werden sollen, hat diese vom Gott des Pater Hasbuns geforderte Maschung eine besondere Note. Üblicherweise wurden sie auf dem Altar der Kapelle der Kriegsakademie gelegt, um die elektrische Folterung vorzunehmen. Der Militärgeistliche der Aeronautischen, politechnischen Akademie Corrales weigerte sich an dort gefangen gehaltene verfassungstreue Militärs, die er "verdammte Kanakillen" nannte, Matratzen zu übergeben.

(7) Der Weihbischof Ariztia kritisierte am 20.11. in einem offenen Brief das Vorgehen von Pater Hasbun, allerdings in der mildesten Weise die überhaupt möglich ist. Er warf ihm nämlich vor, seine Führung des Fernsehkanals der katholischen Universität trage nicht zur Versöhnung bei. In einem Interview fragte man den Kardinal nach seiner Meinung, und er antwortete:  
 "Meine Antwort ist sehr kurz: ich glaube, dass man die schmutzige Wäsche zu Hause waschen soll. Mich schmerzt dass Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Priestern bestehen können, an die Öffentlichkeit dringen und zum Gegenstand der Kommentare vieler werden... Ich hoffe, dass diese Meinungsverschiedenheit in Liebe gelöst wird."

Wie wenig der Kardinal sich seiner Verantwortung für die Kampagne des Massakers in Chile bewusst ist, zeigt auch die Einleitung der Erklärung der Bischofskonferenz vom 13. September 1975, die von einer pharisäisch-selbstgerechten Einstellung strahlt:

"Für das Land steht es fest, dass die Bischöfe alles ihnen nur mögliche getan haben, damit Chile innerhalb der Verfassung und des Gesetzes bleibt, und jedweder gewaltsame Ausbruch von der Art, wie ihn jetzt unsere institutionelle Krisis gefunden hat, vermieden wird."



←  
 Dieses Motiv ist als Aufkleber (Selbstklebend, Format 10x10, Menschen schwarz, Hintergrund rot, Schrift weiß) gegen Vorauszahlung eines Solidaritätspreises von DM 2.- in Briefmarken über Chile-Komitee, c/o ESC, 1 Berlin 31, Koblenzer Str. 6 erhältlich. Der Reinerlös wird der Widerstandsbewegung in Chile zugeführt.

## DOKUMENTE

### Erklärung des MAPU

Ein halbes Jahr nach dem Staatsstreich in Chile:

DER REVOLUTIONÄRE WIDERSTAND DES VOLKES VERSTÄRKT SICH, UM ZU SIEGEN!

1. Am 11. September 1975 erreichten die Kräfte der Konterrevolution einen wichtigen Erfolg. Die 1970 geschaffene Volksregierung, deren demokratisierende und antiimperialistische Aktion den Klassenkampf in Chile extrem verschärfte, wurde mit Blut und Gewalt von den finstersten Kräften des einheimischen Kapitalismus, mit der Beihilfe des bürgerlichen Parlaments und der bürgerlichen Justiz und mit der entschlossenen und entscheidenden Unterstützung des nordamerikanischen Imperialismus, besiegt. Heute existiert in Chile eine Militärdiktatur betont faschistischen Charakters, deren verbrecherische und volksfeindliche Brutalität und Entschiedenheit keine Vorbilder hat, weder in unserem Land noch in Lateinamerika, und deren Unterordnung unter das einheimische Monopolkapital und die multinationalen Unternehmen des Imperialismus immer offener zutage tritt und sich vertieft.

Die Militärdiktatur hat das Volk und die Linke hart geschlagen. Sie hat Zehntausende von Arbeitern und Revolutionären ermordet. Sie hat Tausende von linken Genossen gefoltert. Sie hat die Gesamtheit der Volksbewegung unterdrückt. Sie hat Zehntausende von Arbeitern, Angestellten, Studenten, Intellektuellen, Geistlichen, Soldaten verfolgt und festgenommen, nur weil sie sich zu demokratischen und fortschrittlichen Ideen bekennen. Und diese Sturmflut von Terror und Mord ist nicht zu Ende. Sie geht nicht nur weiter, sondern sie wird vertieft und perfektioniert. Sie wird selektiver, "wissenschaftlicher", "effizienter" dank der massiven technischen und finanziellen Unterstützung der nordamerikanischen und brasilianischen Helfer.

Die Diktatur hat mit den elementarsten bürgerlich-demokratischen Rechten und Freiheiten Schluß gemacht; sie war und ist dabei, die nationale Wirtschaft an die einheimischen und nordamerikanischen Monopole auszuliefern, und sie hat das Volk in eine Situation des wachsenden Elends und der Überausbeutung gestürzt.

2. Die Errichtung einer konterrevolutionären Militärdiktatur in Chile ist der Ausdruck der nicht wegzudiskutierenden Macht der bürgerlichen und imperialistischen Kräfte, ihrer Fähigkeit, ihre internen Widersprüche vorläufig zu überwinden, ihres Geschicks, dem Proletariat Verbündete zu entreißen, und ihrer Bereitschaft, gegenüber einer aufsteigenden Volksbewegung vollen Gebrauch von ihrem Unterdrückungsapparat zu machen. Im wesentlichen ist sie aber der Ausdruck der Schwächen und Beschränkungen der chilenischen Linken ohne Ausnahme und Konzeptionen und Positionen während der Zeit der Volksregierung, und zwar sowohl in der Regierung als auch in der Massenbewegung.

Aus der kritischen und selbstkritischen Bilanz ihrer Schwächen und Mängel und aus dem unerbittlichen ideologischen Kampf gegen die rechten und linken Abweichungen, die die Niederlage



herbeiführten, wird die proletarische und revolutionäre Linke Chiles die entscheidenden Kräfte ziehen, um zu siegen.

3. Aber die Diktatur ist nicht allmächtig, und sie hat auch nicht alles auf ihrer Seite. Ihre zentralen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen haben schon ihre historische und klassenmäßige Ohnmacht erwiesen. Mit dem Ziel, eine kapitalistische Wirtschaft, die durch die revolutionäre Aktion der Volksreigerung und der Massenbewegung stark angeschlagen ist, wieder flottzumachen und die schwere Herrschaftskrise, die die gesamte Bourgeoisie in den letzten drei Jahren getroffen hat, zu überwinden, hat die Diktatur verschiedene Maßnahmen in Gang gesetzt, die nicht nur die Wirtschaftskrise nicht beheben, sondern sie eher vertiefen, und die nicht nur die Einigung der gesamten Bourgeoisie nicht erreichen helfen, sondern deren eigene innere Widersprüche in wachsendem Maße verschärfen.

Die Konsequenz davon ist, daß sich die Diktatur innerhalb und außerhalb des Landes isoliert. Wachsende Sektoren der mittleren und kleinen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums entziehen ihr die Unterstützung, die sie ihr ursprünglich geliehen hatten, und treten zunehmend in Widerspruch zu ihr. Ebenso distanziert sich die Kirche mehr von der Junta, und die Christen an der Basis ergreifen mehr und mehr eine Haltung der Opposition. Auf internationalem Gebiet stößt die Junta auf die Ablehnung zahlreicher liberaler Institutionen, die sich zur Verteidigung der von der Diktatur getretenen Menschenrechte mobilisiert haben, und sogar auf die Ablehnung nicht weniger kapitalistischer Regierungen.

So hat die Diktatur viele Achillesfersen. Ihre Niederlage wird davon abhängen, ob das chilenische Proletariat und seine Avantgarde stark und fähig genug sind, die Schwächen und Widersprüche der Diktatur richtig zu begreifen, sie auszunutzen und voll zu entwickeln, die Diktatur zu isolieren und das Maximum an Kräften gegen sie zu mobilisieren und in jedem Moment die Richtung des Hauptschlages, der geführt werden muß, korrekt zu bestimmen. Die Niederlage der Diktatur wird auch, in einem sehr bedeutenden Maße, von der effektiven Solidarität der Revolutionäre und der Völker der Welt mit dem chilenischen Widerstand abhängen.

4. Die Niederlage des Volkes am 11. September war weit davon entfernt, die Volksbewegung und ihre politischen Vorhutorganisationen zu begraben. Nachdem die ersten Monate einer allgemeinen Verwirrung vorbei sind, bauen jetzt die Massen und ihre wichtigsten Führungsgruppen ihre Organisation wieder auf. Sie entwickeln und vertiefen ihre Aktivität im Untergrund und beginnen, erste organische Zeichen von Widerstand und politisch-militärischer Antwort auf die Diktatur zu zeigen.

Alle revolutionären Parteien und Volksparteien Chiles sind in ihrer Reorganisation und bei der Überwindung anfänglicher Probleme vorangekommen. Alle sie, und darunter auch die, die noch in sektiererischen und opportunistischen Praktiken befangen sind, können und müssen viel zum revolutionären Kampf des Volkes gegen die Diktatur beitragen.

Die Christdemokratische Partei, und besonders ihre konsequentesten demokratischen und fortschrittlichen Sektoren, haben die unausweichliche historische Pflicht, alle ihre Bindungen

an die faschistischen Sektoren zu brechen und sich dem Kampf des Volkes gegen die Diktatur unter der Führung des revolutionären Proletariats anzuschließen. Auf diese Weise werden sie einen Teil ihrer unermeßlichen Schuld gegenüber dem Volk von Chile abtragen können.

Der MAPU, Partei des Proletariats und des Volkes von Chile, ist auch von der Unterdrückung hart getroffen worden. Einige seiner Führungskader wurden gefoltert und getötet. Viele seiner aktiven Mitglieder wurden ungebracht, festgenommen, gepeinigt oder verfolgt. Einige seiner Führer wurden auf Beschluß der politischen Führung vorläufig ins Ausland geschickt, um die Solidaritätsarbeit zu verstärken. Einige von ihnen sind schon wieder ins Land zurückgekehrt, nachdem sie die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllt haben. In konsequenter Fortführung seiner Positionen aus der Zeit vor dem Putsch war und ist der MAPU dabei, die Anforderungen des politischen und militärischen Kampfes gegen die Diktatur aufzunehmen. Er läßt die chilenischen Organisationen, die dem Rest der linken Beispiele und Ratschläge geben wollen, brüderlich ein, ebenfalls in der Praxis ihre Stellungen zu beziehen.

5. Der Kampf des chilenischen Volkes gegen die Diktatur, für die Errichtung seiner eigenen Macht und für den Beginn des Aufbaus des Sozialismus wird weder leicht noch kurz sein. Er wird im Gegenteil vielfältige Probleme angehen und lösen müssen. Mächtige Feinde müssen geschlagen werden, der Kampf wird verschiedene Phasen durchlaufen, viele kleine und große Erfolge müssen sich ansammeln, und mehr als eine Niederlage wird deshalb hart und lang andauernd sein.

Die Massen haben schon ihre Erfahrung gemacht, und sie sind dabei, ihre eigenen Schlußfolgerungen zu ziehen. Sie verstehen jeden Tag besser, daß der heroische und beispielhafte Tod des Präsidenten Allende auch den Höhepunkt und historischen Abschluß einer reformistischen Erfahrung bedeutet und definitiv einen revolutionären Weg die Tore öffnet. Die Massen werden sich, eben deshalb, nicht erneut auf reformistische Wege einlassen, sich aber auch nicht zu Abenteuern hinreißen lassen, die den konkreten Kräfteverhältnissen in jeder Phase des Kampfes nicht entsprechen.

Die Arbeiterklasse und ihre Vorhut werden gemäß den tatsächlichen Erfordernissen in jedem Moment alle notwendigen politischen und bewaffneten Formen des Kampfes benutzen und kombinieren. Sie werden das mit der Perspektive tun, entschlossen den revolutionären Krieg und den Volksaufstand vorzubereiten und zu entwickeln. Weder die reformistischen und auf reine Verteidigung gerichteten Konzeptionen noch die "besonders linken", auf einer Neuauflage der Fokustheorie basierenden Konzeptionen bedeuten Wege des Sieges für unser Volk. Nur eine politisch-militärische Linie, die proletarisch, marxistisch-leninistisch ist, wird den chilenischen Arbeiter- und Volksmassen erlauben, ihre Feinde zu schlagen.

Nur die politische und bewaffnete Kraft der Massen wird die Regierung stürzen und an ihrer Stelle eine neue Herrschaft, eine neue, wirklich demokratische Volksmacht errichten können, die anders und höher ist als die alte bürgerlich-demokratische Macht. Nur der Triumph im revolutionären Volkskrieg, aus des-

den Entwicklung das Heer und die Streitkräfte des Volkes hervorgehen werden, wird es möglich machen, die Streitkräfte der Konterrevolution der einheimischen Monopole, des Imperialismus und der Grundbeizster definitiv zu schlagen, die Macht des Proletariats und des Volkes zu errichten und mit dem Aufbau eines sozialistischen Vaterlandes zu beginnen.

Der revolutionäre Kampf unseres Volkes wird jedoch nicht innerhalb der nationalen Grenzen eingeschlossen bleiben. In einem höheren Moment des Kampfes wird die offene Aktion des nordamerikanischen Imperialismus unserer Revolution einen Charakter geben, der notwendigerweise kontinental und international ist. Der gemeinsame Kampf des Proletariats und der Völker Lateinamerikas wird deshalb eine entscheidende Bedingung für den Triumph der Revolution in Chile und den anderen Ländern des Kontinents sein.

6. Der unmittelbare Hauptfeind des chilenischen Volkes ist heute die faschistische Militärjunta, Instrument der einheimischen und ausländischen Monopole. Gegen diesen Feind muß der Hauptschlag in diesem Moment gerichtet werden. Gegen diesen Feind müssen sich das gesamte Volk und die konsequent demokratischen Sektoren des Kleinbürgertums und der mittleren und kleinen Bourgeoisie unter der unerläßlichen Führung des revolutionären Proletariats verbünden und mobilisieren.

Eine breite und flexible Bündnispolitik ist heute eine notwendige Bedingung, um die inneren Widersprüche des Feindes maximal zu verschärfen, seine Reihen zu zerstreuen, ihn von seinen potentiellen Hilfskräften zu isolieren und seine Niederlage zu sichern. Eine enge und sektiererische Bündnispolitik würde dagegen das Proletariat isolieren und schwächen und der Diktatur helfen, sich in der Macht zu festigen.

Die Einheit der Linken und der revolutionären Kräfte ist deshalb in diesem Augenblick grundlegend wichtig. Der Sektarismus und das Spaltertum dient heute der Konterrevolution mehr als jemals zuvor. Der klare, verantwortlich und brüderlich geführte ideologische Kampf ist zugleich unerläßlich, um die Einheit zu festigen und zu entwickeln.

Es steht also auf der Tagesordnung, den Anstoß für ein Minimalprogramm zu geben, das bedeutet: die wichtigsten demokratischen Freiheiten und Rechte des Volkes wiederherstellen; die Unabhängigkeit und nationale Souveränität gegen die neokoloniale Aktion des Imperialismus verteidigen; und schließlich die Diktatur stürzen und an ihrer Stelle eine provisorische revolutionäre Regierung als Ausdruck einer neuen, wirklich demokratischen Volksmacht errichten. Nur die Errichtung einer neuen Macht wird es dem Proletariat und dem Volk tatsächlich erlauben, weiter fortzuschreiten, den bürgerlichen und imperialistischen Feind vollständig zu schlagen und den Aufbau des Sozialismus zu beginnen.

Im Laufe des Kampfes für diese Ziele werden das Volk und seine Avantgarde ihre eigenen politischen und militärischen Kräfte sammeln und aufbauen, die Vorherrschaft des Proletariats in der Praxis sichern und die revolutionäre Entwicklung des Kampfes garantieren.

7. Die internationale Solidarität mit dem chilenischen Widerstand ist bis zu diesem Augenblick außerordentlich wichtig gewesen. Sie wird aber in der Zukunft noch wichtiger und entscheidender sein. Wir rufen deshalb die Arbeiter, die Völker, die Revolutionäre, die demokratischen Kräfte und Sektoren, die fortschrittlichen Länder und Regierungen der Welt dazu auf, die Solidaritätsaktionen mit dem Widerstand des chilenischen Volkes weiter zu entwickeln und zu verdoppeln.

Die wirksame Praxis des proletarischen Internationalismus von seiten der sozialistischen Länder und die entschlossene und konsequente Aktion der Kubanischen Revolution sind in Vergangenheit und Zukunft eine entscheidende Hilfe für die Konstruktion und Sicherung des Sieges des Volkswiderstandes gegen die Diktatur.

Heute ist es mehr als je unerläßlich, die Initiativen gegen die faschistische Junta zu vermehren. Die internationale Agitation und Propaganda entwickeln, die nationalen Solidaritätskomitees stärken, Fonds für die Finanzierung und Entwicklung des Kampfes in Chile schaffen usw. Alle Maßnahmen und Initiativen, die es erlauben, die Junta maximal zu isolieren, sie diplomatisch, politisch und wirtschaftlich zu blockieren, müssen erdacht und vorgebracht werden. Es muß auf alle Fälle verhindert werden, daß die Junta ihre faschistische und diktatorische Herrschaft über das chilenische Volk festigt.

8. Wir rufen die Werktätigen und Revolutionäre der Welt auf, sich für die folgenden Forderungen zu mobilisieren: sofortiges Ende der Erschießungen und Folterungen, Freiheit für alle politischen Gefangenen und für die Asylierten in den Botschaften, sofortige Schließung der Konzentrationslager, Aufhebung des "inneren Kriegszustands".

Wir rufen dazu auf, die sofortige Freiheit der Genossen Clodomiro Almeyda (PS), Bautista van Schouwen (MIR), Luis Corvalán (PC) (PC), Pedro Felipe Ramírez (IC), Anselmo Sulc (PR) und Fernando Flores (ROC) zu verlangen.

Wir rufen dazu auf, daß man die Aufhebung der Folterungen und die sofortige Freiheit fordert für unsere Genossen Juan de Dios Fuentes, Intendent der Provinz Muble, Hernán Pacheco, Leopoldo Luna, Domingo Cervino, Juan Ruz, Sergio Poblete, Patricio Castro, Edgar Cádiz, Leopoldo Vega, alle sie Führer des MAPU und augenblicklich in Gefangenschaft.

Brüderliche Ehrung erweisen wir den gefallenen Genossen der gesamten chilenischen Linken und besonders der heldenhaften Gestalt von Salvador Allende; unserem Genossen Oscar Vega, Landarbeiterführer, Kampfgenosse von Elías Lafferte und Mitglied unseres Zentralkomitees, Miguel Woodward, Volkspriester und aktives Mitglied des MAPU; Oscar Vásquez, Gobernador von Elqui; Nelson Flores, Gewerkschaftsführer unserer Partei und allen namenlosen Märtyrern der Linken und des Volkes von Chile. Ihr Tod und ihr Beispiel werden nicht vergessen werden. Die Mörder werden ihre Verbrechen bezahlen.

DER REVOLUTIONÄRE WIDERSTAND DES VOLKES VERSTÄRKT SICH, UM ZU SIEGEN !

MAPU  
Politische Kommission

Santiago de Chile  
März 1974

**A u f r u f d e s P. C.**

Fünf Monate der Schande über dem chilenischen Volk und seinen demokratischen Traditionen sind vergangen. In dieser Zeit hat jeder Chilene den Faschismus in seiner grausamsten und blutigsten Form kennenlernen können. Die putschistische Militärjunta hat sich des gesamten institutionellen Systems bemächtigt und strebt danach, die Errungenschaften unseres Volkes bis auf die letzte Spur auszulöschen.

Die Junta will in kürzester Zeit ihre brutale Politik der Rückgabe von Industrien und Privilegien, der Entschädigung an die nordamerikanischen Kupfermonopole und der Herrschaft über die Haifische der Wirtschaft anwenden.

Die Junta sagt: "Wir regieren weder für die Rechte, noch für die Linke, wir regieren für alle Chilenen." Aber ihr Sprachrohr, das Sprachrohr der Reichen, der "Mercurio" verplappert sich für sie mit der Karikatur, in der sich ein Arbeiter, der in kolonialer Weise einen "Herrn" darstellt, den Gürtel enger schnallt.

Der Faschismus, der Chile regiert, hat Verbrechen, Akte der Unterdrückung, der Verfolgung, der Beleidigung gegen die Mehrheit der Chilenen begangen. Er hat sich an den teuersten demokratischen Werten des Landes vergriffen und vergangen. Es wird auch die große Mehrheit sein, die die Dreisten besiegen wird, die die ganze Nation auf Knien halten wollen. Diese patriotische Aufgabe wird ohne jeden Zweifel erfüllt werden, und eher früh als spät.

Deshalb ist es unerlässlich, die Forderungen verschiedener sozialer Sektoren, die um die Beendigung des inneren Kriegszustands und des Belagerungszustandes bitten, weiterhin zu unterstützen. Die Bedingung ist die Einheit der demokratischen Kräfte und aller Chilenen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben. Diese Bedingung ergibt sich durch die Einheit der Werktätigen. Mehr als je wird die Bedeutung der Arbeiterklasse als Hauptkraft im Kampf gegen die faschistische Diktatur klar.

Dieser Aufgabe hat sich- wie immer- die kommunistische Partei Chiles verpflichtet. Wenn wir uns früher, was die Bedeutung der Einheit angeht, dumm verhalten haben, so haben wir jetzt noch mehr Grund, diese Fahne zu erheben, die das Volk zum Sieg führen soll, indem sie die breitesten politischen und sozialen Schichten vereinigt.

Die Feinde Chiles wissen, daß die Kommunistische Partei ihre Hauptklippe ist, daß die Politik der Kommunisten ernst, verantwortlich und zutiefst patriotisch ist. Wir Kommunisten wissen, daß unsere Politik von Prinzipien geleitet wird, und daß deshalb in ihr kein Platz für Abenteuerum und Terrorismus ist. Die Faschisten nehmen an erster Stelle die Kommunisten aufs Korn. Sie schaffen die DINA zur Koordinierung aller Unterdrückungskräfte und beauftragen sie vor allem mit dem Kampf gegen die Kommunisten. Innerhalb dieses Unterdrückungsapparates organisieren sie die Verbrecherbande, die in Brasilien "Todeschwadron" heißt. Hier haben sie auf ihrem Konto schon Dutzende von Morden.

Einmal mehr haben sie mit der Hilfe der Nordamerikaner versucht, und sie werden es wieder versuchen, die Einheit der Kommunisten

ischen Partei zu erschüttern. So versuchen sie, einer sogenannten "Liga der chilenischen Kommunisten" den Weg zu bereiten und die Ausdrücke "Harte" und "Weiche" zu prägen. Vergebliche Mühe! Sie sind früher gescheitert, und sie werden jetzt scheitern. An der Kommunistischen Partei wird nicht einfach so "gemummelt".

Wir rufen jeden Kommunisten auf, seine Sorge um die Organisation, die Disziplin und die Kampfmoral der Partei mehr als je zu verstärken. Die Regeln des Untergrundes müssen mit großer Aufmerksamkeit beachtet werden, denn das ist die wesentliche Bedingung für die Sicherung der Gegenwart der Partei, wenn die Zusammenführung der patriotischen und demokratischen Kräfte des Landes fortschreitet.

Die Putschstrategen in Chile glaubten, daß nach ihrem Erfolg, der wie immer, vorübergehend ist, in der Kommunistischen Partei verschiedene "Positionen" auftreten würden. Nun gut, sie haben sich wieder einmal geirrt. Die Einheit der Partei im Kampf gegen die faschistischen Usurpatoren ist stärker als je. Jeder Kommunist weiß gut, daß von der Gesundheit und Einheit der Partei und jetzt auch von den Sicherheitsmaßnahmen abhängt, ob wir fähig sind, unseren Beitrag zur Gesamtheit aller Kräfte zu leisten, die weder heute noch morgen das Joch der Dreisten tragen, die mit der Hilfe der brasilianischen Gorillas und der reaktionärsten Sektoren der Yankee-Monopole regieren.

Vorwärts, für die Einheit aller antifaschistischen Kräfte!

Die Aktion, die Organisation, die Einheit und die Sicherheit der Parteien stärken!

Es lebe die heldenhafte Kommunistische Partei Chiles!

Santiago, Februar 1974



**CHILE UND LATEINAMERIKA**

**ERP, ELN, MIR, TUPAMAROS**

Die gesamte Erklärung, die die revolutionären Bewegungen aus Argentinien, Chile, Bolivien und Uruguay in Buenos-Aires am 13. Februar 1974 veröffentlichten, lautet:

AN DIE VÖLKER LATEINAMERIKAS

"Das ist der Weg Vietnams; das ist der Weg, dem die Völker folgen müssen; der Weg, dem Amerika folgen wird, mit der Eigenschaft, daß die bewaffneten Gruppen etwas wie Koordinationskontas bilden können, um die Unterdrückung des Imperialismus schwieriger zu machen und die eigene Sache zu erleichtern."

(Ché Guevara: Botschaft an die Tinkontinentale)

Die Bewegung für die Nationale Befreiung (MLA - Tupamaros) von Uruguay, der MIR von Chile, die nationale Befreiungsarmee (ELN) von Bolivien und die revolutionäre Volksarmee (ERP) von Argentinien unterzeichnen die folgende Erklärung, um den Millionen von ausgebeuteten Arbeitern in unserer leidenden südamerikanischen Heimat mitzuteilen, daß sie sich entschlossen haben, sich in einer "Junta de Coordinacion Revolucionaria" zu vereinen.

Dieser wichtige Schritt ist das Ergebnis der Notwendigkeit, unsere Völker auf dem organisatorischen Gebiet zusammenzuschließen, dem imperialistischen Feind gegenüber die revolutionären Kräfte zu vereinen, den politischen und ideologischen Kampf gegen bürgerlichen Nationalismus sowie Reformismus mit grösserer Wirksamkeit aufzunehmen. (...)

Unser Kampf ist antiimperialistisch. Die Völker der Welt erleben die ständige Urahung des aggressivsten und raubgierigsten Imperialismus, der je existiert hat. Sie sahen den vom Yankee-Imperialismus organisierten und geleiteten Völkermord gegen das heroische vietnamesische Volk, der sie nicht gleichgültig gelassen hat. Bei diesem ungleichen Krieg wurde der kriegerische und heimtückische Charakter des Imperialismus offensichtlich. Aber einmal mehr wurde trotzdem die Schwäche seines Systems und auch seiner ganzen militärischen Macht bewiesen gegenüber einem Volk, das entschlossen ist, zu kämpfen und um jeden Preis frei zu sein.

Die lateinamerikanischen Völker erleiden das koloniale und neokoloniale schwere Joch der Imperialisten seit dem vorigen Jahrhundert bis heute; sie erduldeten hintereinander von der nordamerikanischen Armee, sowie von den supranationalen Monopolen geführte oder angezettelte, unrechte militärische Interventionen.

(Dann werden Beispiele dieser Interventionen gebracht und die bisherigen sozialistischen Kämpfe der lateinamerikanischen Völker erwähnt, deren vorläufige Mißerfolge durch die konterrevolutionären Interventionen, sowie durch die Schwächen des Anarchismus und den Reformismus der kommunistischen Parteien erklärt werden.)

Der Kampf um die Leitung der Massenbewegung

Ansichts der eigenartigen Lage des revolutionären Prozesses in unserem Erdteil müssen wir jetzt besonders zwei Denk- und Aktionsrichtungen hervorheben, die gegen die revolutionären Bemühungen der Lateinamerikaner verschwören. Es handelt sich einmal um einen Feind: den bürgerlichen Nationalismus, und dann um eine falsche Auffassung im Lager des Volkes: den Reformismus.

Beide, manchmal in enger Verbindung, versuchen, den revolutionären Aufschwung auszunutzen, sich dessen Leitung zu bemächtigen und ihre falschen und einseitigen Auffassungen durchzusetzen, was letzten Endes den revolutionären Impuls brüst und kästriert. weswegen ist dieser unversöhnliche politische und ideologische Kampf, den wir, die Revolutionäre, gegen diese Strömungen führen müssen, strategisch äusserst wichtig; wir müssen die Führung der breitesten Massenerkämpfe, um unseren Vätern eine konsequente revolutionäre Stoßrichtung zu geben, die uns mit Beständigkeit, Klugheit und Wirksamkeit zum endgültigen Sieg führen wird.

Der bürgerliche Nationalismus ist eine vom Imperialismus unterstützte Strömung; dieser stützt sich auf sie als eine demagogische Variante, die dazu nutzt, den Kampf der Völker abzulenken, wenn die konterrevolutionäre Gewalt an Wirksamkeit verliert. So besteht ein gesellschaftlicher Kern aus der präimperialistischen Bourgeoisie, die beansprucht, sich mäßig zu beteiligen, die sich mit der Cliquarchie und der traditionellen Bourgeoisie um die Gunst des Imperialismus streitet. Dazu benutzen sie den Trick, sich als Feuerwehr anzubieten, die den revolutionären Brand mittels ihres Einflusses auf das Volk und ihres Verhandlungsvermögens angesichts der Mobilisierung der Masse löschen können. Für diese Täuschungspolitik bedienen sich diese Leute der Waffe eines verbalen Antimperialismus und versuchen durch ihre beliebte nationalistische These, "den dritten Weg", die Massen zu verwirren. In Wirklichkeit jedoch sing sie keine Antimperialisten, sondern sie eignen sogar neuere und feingehobene Formen der ausländischen ökonomischen Durchdringung den Weg.

Der Reformismus hingegen ist eine Strömung, die sich mitten in dem werktätigen Volk einnistet und die Furcht einiger Teile der Kleinbürgertum und die der Arbeiterv Aristokratie vor dem Zusammenstoß widerspiegelt. Tatsächlich kennzeichnet er sich durch seine hartnäckige Verweigerung, die gerechte und notwendige revolutionäre Gewalt als ein grundsätzliches Mittel im Kampf um die Macht anzuerkennen; so geben sie die marxistische Auffassung des Klassenkampfes auf. Der Reformismus verbreitet unter den Massen schädliche pazifistische und liberale Ideen; er verstreut die nationale Bourgeoisie und die konterrevolutionären Streitkräfte, mit denen er stets versucht, sich zu verbinden; er übertreibt die Wichtigkeit der Legalität und des Parlamentarismus. Die Tatsachen haben schmerzhaft und auf eine unwiderlegbare Weise gezeigt: seiner bevorzugten Argumente widersprochen, nach dem man die Gewalt vermeiden und sich der Bourgeoisie sowie den "patriotischen Militärs" nähern soll, um den Weg zum Sozialismus friedlich einzuschlagen und dadurch den Massen Blutvergießen zu ersparen. Da, wo der Reformismus seine versöhnliche und pazifistische Politik durchgesetzt hat, haben die feindlichen Klassen und ihre Streitkräfte die grössten Massaker gegen das Volk begangen. Angesichts der jüngsten chilenischen

Erfahrung mit mehr als 20.000 ermordeten Arbeitern bedarf dies keines weiteren Kommentars.

Dem bürgerlichen Nationalismus, dem Reformismus und anderen weniger bedeutenden Strömungen gegenüber erhebt sich im ständigen ideologischen sowie politischen Kampf gegen sie der bewaffnete Pol, der revolutionäre Pol, der sich jeden Tag mehr in den Massen verankert, seinen Einfluß vergrößert, sein politisch-militärisches Potential verbessert und so immer mehr eine wirkliche Entscheidung für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus hervorbringt.

Genau um zu der kontinentalen Verstärkung dieses revolutionären Poles beizutragen, haben die vier Organisationen, die diese Erklärung unterzeichnet haben, beschlossen, die Junta de Coordinación Revolucionaria zu bilden; wir rufen die ganze revolutionäre Arbeiter- und Volksavantgarde Lateinamerikas auf, sich um diese Junta und jede ihrer nationalen Organisationen zu organisieren und zusammen zu kämpfen.

Das bedeutet selbstverständlich, daß die Türen dieser Koordinations-Junta den revolutionären Organisationen der verschiedenen lateinamerikanischen Länder offenstehen. (...)

Unser Programm

Uns vereinigt das Verständnis, daß es in Lateinamerika keine andere aussichtsreiche Strategie gibt als die des revolutionären Krieges. Daß dieser revolutionäre Krieg ein komplexer, sowohl bewaffneter wie unbewaffneter, pazifistischer wie gewaltsamer Prozeß des Massenkampfes ist, in dem alle Formen der Kämpfe sich harmonisch entwickeln und um die Achse des bewaffneten Kampfes zusammenströmen. Daß das ganze Volk unter der Leitung des revolutionären Proletariats für die siegreiche Entwicklung des ganzen Prozesses des revolutionären Krieges mobilisiert werden muß. Daß der Krieg von einer marxistisch-leninistischen proletarischen Kampfpartei geleitet wird, die fähig ist, alle Aspekte des Volkskampfes zu zentralisieren und zu leiten und eine zutreffende strategische Richtung zu gewährleisten. Daß eine mächtige Volksarmee als eiserner Kern der revolutionären Volkskräfte unter der Leitung der proletarischen Partei strukturiert werden muß, die, eng mit den Massen vereinigt und von ihnen genährt, eine undurchdringliche Mauer erhebt, gegen die alle militärischen Versuche der Reaktionäre zerbrechen und die in der materiellen Lage ist, die völlige Vernichtung der konterrevolutionären Streitkräfte zu sichern. Daß es auch notwendig ist, eine breite Massenfront der Arbeiter und des Volkes zu errichten, die das ganze fortschrittliche und revolutionäre Volk mobilisiert, sowie die verschiedenen Volksparteien, die Gewerkschaften und andere ähnliche Organisationen, mit einem Wort, die möglichst breiten Massen, deren Kampf sich parallel entwickelt und strategisch und zu jeder Zeit mit der militärischen Aktion der Volksarmee und der geheimen politischen Aktion der proletarischen Partei zusammenströmt.

Die Antwort muß klar sein und kann keine andere als die des bewaffneten Kampfes sein, als Hauptfaktor der Polarisierung, der Agitation und letzten Endes der Vernichtung des Feindes, als einzige Möglichkeit zu siegen begriffen werden. Das bedeutet nicht, daß man nicht alle möglichen Formen der Organisation des Kampfes benutzt, sowohl die legale wie die illegale, die

friedliche wie die gewaltsame, die wirtschaftliche wie die politische, um sie mit größerer Wirksamkeit in den BEWAFFNETEN KAMPF konvertieren zu lassen, und das der Besonderheiten jeder Gegend und jedes Landes gemäß.

Der kontinentale Charakter des Kampfes ist grundsätzlich durch die Anwesenheit eines gemeinsamen Feindes bedingt. Der nordamerikanische Imperialismus entwickelt eine internationale Strategie, um die sozialistische Revolution in Lateinamerika unmöglich zu machen. Es ist kein Zufall, wenn den Ländern, in denen der Aufschwung der Massenbewegung die Stabilität der Macht der Oligarchien bedroht, faschistische Menime aufgezwungen worden sind. Der internationalen Strategie des Imperialismus entspricht die kontinentale Strategie der Revolutionäre.

In diesem Kampf wird der Weg nicht kurz sein. Die internationale Bourgeoisie ist entschlossen, mit allen Mitteln die Revolution zu verhindern. Sie besitzt alle offiziellen und inoffiziellen Mittel, die kriegerischen sowie die der Medien, um sie gegen das Volk zu gebrauchen. Deswegen handelt es sich in der ersten Phase unseres revolutionären Krieges darum, den Feind zu zermürben, bis eine Volksarmee gebildet wird, deren Kräfte die des Feindes übertreffen. Dieser Prozeß ist langwierig; aber paradoxerweise ist er der kürzeste und der am wenigsten kostspielige Weg, um die strategischen Ziele der unterprivilegierten Klassen zu erreichen.

Lateinamerikanisches Volk: zu den Waffen! Wir erleben entscheidende Momente unserer Geschichte, und mit dieser Überzeugung rufen der MLR-Tupamaros, der MIR, die ELR und die ERP die ausgebeuteten lateinamerikanischen Arbeiter, die Arbeiterklasse, die armen Bauern, die Armen der Städte, die Studenten, die Intellektuellen, die revolutionären Christen und alle aus den ausgebeuteten Klassen kommenden Menschen, die bereit sind, an der gerechten Sache mitzuarbeiten, auf, mit Entschlossenheit nach den Waffen zu greifen, sich aktiv dem revolutionären antiimperialistischen Kampf für den Sozialismus einzugliedern, der in unserem Kontinent unter dem Banner und dem Beispiel des Comandante Guevara bereits angefangen hat.



LIBERTAD O MUERTE (MLR-TUPAMAROS)  
A VENCER O MORIR POR LA ARGENTINA (ERP)  
PATRIA O MUERTE VENCEREMOS (MIR)  
VICTORIA O MUERTE (ELR)

**Argentinien :**

**Situation der Chile - Flüchtlinge**

Aus einem Brief aus Buenos Aires vom 25. Februar 1974

Die Fluchtwelle aus Chile hat seit Beginn des Jahres ständig zugenommen, man schätzt, daß gegenwärtig mindestens 5000 Flüchtlinge aus Chile in Argentinien sind (andere sprechen von bis zu 10.000). Die soziale Zusammensetzung hat sich geändert: waren es zu Beginn vorwiegend Angehörige akademischer Berufe und frühere Funktionäre des Staatsapparats, so kommen jetzt neben den Studenten immer mehr Arbeiter und Bauern über die Grenze, die zum überwiegenden Teil keine Arbeit finden können. Im Gegensatz zu vielen Intellektuellen verfügen sie nicht über minimale Reserven, mit denen sie sich eine Zeit über Wasser halten könnten, und auch nicht über Verbindungen, um die Ausreise vorzubereiten oder hier in Argentinien einen Arbeitsplatz zu finden. Die Aufgabe, für Tausende von Menschen eine Dauerlösung zu finden, kann im Augenblick niemand bewältigen. Unter den Flüchtlingen breitet sich Verzweiflung aus: es hat Fälle gegeben, daß Arbeiterfamilien aus materieller Not den Entschluß gefaßt haben, nach Chile zurückzugehen, obwohl dort die Verfolgungswelle andauert und den UP-Anhängern nach wie vor Festnahme und Folter droht.

Die innenpolitische Situation Argentiniens erschwert die Lage der Flüchtlinge weiter: sie kennzeichnet sich durch einen immer schärferen Rechtskurs der Regierung, Verfolgung der Linken innerhalb und außerhalb des Peronismus und die wachsende Aktivität paramilitärischer Organisationen faschistischen Zuschnitts. Viele Freunde, die in den ersten Monaten nach dem Putsch Chile-Flüchtlingen Unterkunft gewährt hatten, können dies aus Sicherheitsgründen nicht mehr tun. An den Universitäten wird es immer schwieriger, wissenschaftler aus Chile unterzubringen. Lehrer, die in großer Zahl flüchten mußten, werden in Argentinien nicht angestellt. Arbeiter können bestenfalls auf kurzfristige Gelegenheitsjobs hoffen.

Die wachsende Unsicherheit der Flüchtlinge gründet sich auf konkrete Erfahrungen. Seit dem 5. Dezember sind zwei Brasilianer verschwunden, die über die argentinische Botschaft in Santiago exiliert wurden. (Joao Batista Rita Pereda und Joaquim Pires Cerveira). Nachforschungen ihrer Frauen haben ergeben, daß sie inzwischen im Heeresgefängnis Barao de Mesquita in Rio de Janeiro gesehen wurden. Vor den Ausgängen verschiedener Hilfsorganisationen wurden Chilenen ohne erkennbaren Grund festgenommen. Einer von ihnen sagte nach seiner Freilassung aus, er sei beim Verhör gefoltert worden, unter Anwendung von Elektrizität. Bei den Hilfsorganisationen mehren sich die Anzeichen für das Auftreten von Spitzeln und Provokateuren.

Man muß heute davon ausgehen, daß jeder Flüchtling aus Chile, der sich in ungeklärter Lage in Argentinien befindet, in akuter Gefahr ist. Für die Nicht-Chilenen, die als Exilierte hier keine Aufenthaltserlaubnis erhalten, ist die Weiterleitung dringend, auch zur Abwehr direkter Gefahr. Die Chilenen müssen sich entweder nach Klärung ihrer Arbeits- oder Studiensituation hier verankern oder ebenfalls weitergeleitet werden.

Die Verschärfung des innenpolitischen Klimas in Argentinien bedeutet, daß auch die Chilenen hier im Land in Gefahr sind, sofern es ihnen nicht gelingt, durch Sicherung einer festen Einkommensquelle (Stipendien, Arbeitsplätze) dem Umkreis der Hilfsorganisationen, Auffangstellen und Flüchtlingsheime zu entkommen.

In der Bundesrepublik müssen wir weiter daran arbeiten, die Situation wenigstens eines Teils der in Argentinien lebenden Flüchtlinge zu erleichtern und für eine möglichst große Zahl eine dauerhafte Lösung zu finden. Die Not der neu Ankommenden wird hier in Buenos Aires vor allem durch die Auffangsstelle der kirchlichen Hilfsorganisation gelindert, man sollte alle kirchlichen Kontakte in Deutschland nutzen, um darauf hinzuwirken, daß der Weltkirchenrat genügend Mittel für diesen Zweck erhält (das zeitweise Versiegen der Hilfsgelder, wie in der vergangenen Woche, bedeutet für viele Familien sofort Hunger und Obdachlosigkeit). Das Hilfskomitee in der Calle Thames geht arbeitsteilig vor und widmet sich u.a. der Vermittlung von Arbeitsstellen. Auch seine Arbeit verdient weitere direkte Unterstützung.

Die wirksamste Form dauerhafter Hilfe für einen großen Teil der ankommenden Studenten wäre die lange geplante Schaffung eines Stipendienfonds für diejenigen, die sich an argentinischen Universitäten immatrikulieren können. In Buenos Aires bestehen alle Voraussetzungen, diese Mittel sachgerecht zu verteilen, es sollte versucht werden, den Plan schnell zu konkretisieren. Falls noch eine Verzögerung zu erwarten ist, sollte man versuchen, für einen kleinen Kreis fortgeschrittener Studenten, die nachweislich nicht weiter als ein Jahr vom Studienauschluß entfernt sind, einen kleinen Fonds bereitzustellen. Einige Mediziner kurz vor dem Examen sind besonders akute Fälle. Bei einem Monatsstipendium von 500 DM würde man für 10 Studenten 60.000 DM im Jahr benötigen. Die Anwärter sind vorhanden, die Mittel könnten sofort eingesetzt werden.

**JOAQUIM PIRES CERVEIRA und JOAO BATISTA RITA PEREDA**

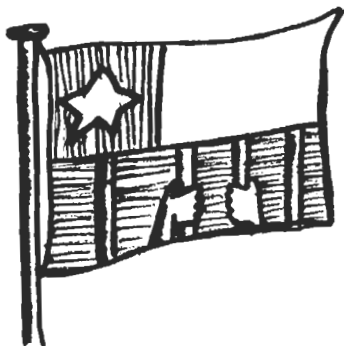
Pires Cerveira war Major im brasilianischen Heer. 1964 hatte er seinen Abschied genommen. Am 10. April 1970 wurde er aus politischen Gründen in Rio de Janeiro gefangen genommen und am 16. Juni 1970 im Austausch gegen den deutschen Botschafter freigelassen. Er ging nach Chile und kam zwei Monate vor dem Militärputsch in Chile nach Argentinien, um sich da niederzulassen.

Rita Pereda ist Student und wurde im April 1970 in Rio de Janeiro gefangen genommen. Im Mai 1971 verließ er Brasilien im Austausch gegen den schweizer Botschafter und fand in Chile Asyl. Nach dem 11. September 1973 in Chile suchte er Asyl in der Argentinischen Botschaft in Santiago. Am 2. Nov. 73 wurde er nach Argentinien überführt, erhielt aber nur ein Transit-Asyl. Er mußte ein permanentes Asyl in einem anderen Land suchen. Er wollte nach Italien.

Die Frauen dieser beiden im Dezember 73 entführten Brasilianer haben sich an das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, an Amnesty International und an alle offiziellen argentinischen Stellen gewandt, um das Leben ihrer Männer zu retten.

Auszüge aus einem Interview; Amalia Barrera de Rita Pereda:  
"Am 5. Dezember verließ Joao unsere Unterkunft um die Mittagszeit. Nach Auskunft befreundeter Leute wurden Joao und Pires Cerqueira an diesem Nachmittag am verabredeten Ort gesehen, sie besprachen einiges und trennten sich. Später wurden sie von Freunden beim Erneuern des Sichtvermerks gesehen. Danach verwirren sich die Darstellungen. Während Einige behaupten, daß Joao sich gegen Abend mit jemand Anderem getroffen hätte, behaupten Andere, daß er am Nachmittag, in der Nähe von Retiro, von einer Gruppe von Individuen ergriffen und in ein Auto gezogen worden wäre. Die Gruppe wurde angeführt von einem kleinen Mann, der portugiesisch sprach. Gewiß ist jedenfalls, daß ich seit diesem Zeitpunkt keine Nachricht von meinem Mann habe."

Maria de Lourdes Pires Cerqueira: "Am 5. Dez. traf mein Mann sich mit Joao Rita Pereda, aber kam nicht mehr nach Hause zurück. Die Leute, die mit ihm wohnten, wurden aufmerksam, als er gegen 22 Uhr noch nicht erschienen war und er auch keine Nachricht auf seinem Tischchen gelassen hatte, daß er sich verspäten würde. Das war sehr auffällig. Aber am nächsten Tag geschah etwas Fürchterliches: eine Gruppe von Individuen, die sagten, daß sie von der Polizei seien, drangen in das Haus ein und suchten Fotos. Einer dieser Polizisten schüchterte die Bewohner des Hauses ein, indem er ein elektrisches Gerät hervorzog und drohte, daß es ein Foltermaschinchen wäre. Diese Individuen, die mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, durchwühlten alles. Wir wissen nicht, was sie suchten, aber sie erhielten Befehle von einem kleinen Mann, der halb spanisch, halb portugiesisch sprach und sagte, daß er zur Interpol gehöre. - Die brasilianischen Machthaber verletzen die argentinische Souveränität. Sie verspotten die Auslieferungsgesetze und verletzen sogar ihre eigenen Gesetze. Sowohl meinem Mann als auch Rita Pereda wurde ihre Nationalität aberkannt, als sie Brasilien verließen. Niemals könnten sie freiwillig brasilianischen Boden betreten. Und jetzt stellt sich heraus, daß es dieselben brasilianischen Machthaber übernehmen, sie von neuem ins Land zu bringen."



#### FLÜCHTLING AUS CHILE SEIN BEDEUTET IN ARGENTINIEN:

1. Durch die zivile und die polizeiliche Obrigkeit für einen gefährlichen Terroristen gehalten zu werden.
2. Nicht zählen können auf Möglichkeit Arbeit zu finden.
3. Der argentinischen Polizei in jedweder Situation als Sündenbock zu dienen.
4. Verurteilt sein zu Bettelerei und Arbeitslosigkeit.
5. Dieser Situation wegen haben wir eine große Anzahl kranker Genossen; einige mit akuten Nervenkrise, Produkt der erlittenen Folterungen in Chile und der Leiden um den Lebensunterhalt hier in Argentinien; andere mit schweren Lungenentzündungen aufgrund der **vielen** Nächte, die sie im Freien schlafen müssen; andere mit Problemen der Unterernährung.

#### UND WIE REAGIERT MAN IN DER BRD UND IN WESTBERLIN?

Die Freie Universität Berlin hat Anfang Dez. 73 4 Arbeitsvertragsangebote und 4 Studienplatzangebote für 8 Brasilianer, die aus Chile nach Argentinien flüchten mußten, gemacht. Die Bescheinigung darüber wurde nach Buenos Aires geschickt und kam nicht an.

Amnesty verbreitet im Januar eine Liste mit den am meisten gefährdeten Personen. 6 von den 8 FU-Anwärtern sind darunter.

Es wird eine Patenschaftsaktion für diese 6 gestartet. 5 antworten sofort und schicken Zeugnisse - für sie werden 3 Stipendien und 2 Arbeitsverträge bereitgestellt und Anfang Februar werden die entsprechenden Formblätter an die Deutsche Botschaft in Buenos Aires geschickt. Mitte Februar lehnt die Deutsche Botschaft insgesamt die Asyl-Anträge von 15 Chile-Flüchtlingen ab - 13 Brasilianer (darunter auch die 6, die bereits ihre Arbeitsmöglichkeit an der FU-Berlin vorweisen konnten) und 2 Bolivianer.

Am 1. März gibt die Deutsche Botschaft in Buenos Aires dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge bekannt, daß den Asylgesuchen von Victor Hugo Klagsbrunn und Paulo Santos Lopes stattgegeben würde. Als die beiden am 6. März ihre Pässe holen wollten, wurde ihnen mitgeteilt, daß ein eben angekommenes Telegramm die Entscheidung rückgängig mache und daß ihre Fälle weiter im Innenministerium der BRD studiert würden; es handle sich um einen Irrtum der Bürokratie, da das Außenministerium gehandelt hätte, ohne die Meinung des Innenministeriums zu hören.

Die Deutsche Botschaft hat 6 Brasilianern - 3 von ihnen haben Stipendienbescheide der FU in Händen - die Ausstellung von Touristen-Visa zugesagt. Als die 6 die Visa holen wollten, wurde ihnen mitgeteilt, daß sich die Orientierung der Regierung der BRD geändert habe und daß es 3 Monate dauern würde, um den Antrag auf ein Touristen-Visum zu beantworten.

Die FU Berlin bittet per Telex das Innenministerium um eine Erklärung der Asylnablehnung innerhalb zweier Tage. Das Innenministerium reagiert nicht. Auf persönliche Anfrage verlautet aus dem Innenministerium, man sei in dieser Angelegenheit keine Auskunft schuldig. Die FU- und FU-Berlin und der Bund Deutscher Wissenschaftler schicken einen Protestbrief an das Innen- und Außenministerium und an den Bundeskanzler Brandt.

TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN  
FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

1 Berlin 33, den 8.3.1974

An den  
Herrn Bundeskanzler  
Willy B r a n d t

53 B o n n  
-----  
Bundeskanzleramt

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die Bundesregierung hatte Ende letzten Jahres ihre Bereitschaft erklärt Chile-Flüchtlingen, die vorübergehend Zuflucht in lateinamerikanischen Ländern gefunden hatten, diese aber wegen Bedrohung ihres Lebens wieder verlassen müssen, in der Bundesrepublik aufzunehmen.

15 Flüchtlingen aus Chile, die nach dem Militärputsch vorübergehend Zuflucht in Argentinien gefunden haben, jedoch wegen unmittelbarer Gefährdung ihres Lebens dieses Land wieder verlassen müssen, ist im Februar 1974 von der Bundesrepublik Deutschland das Visum ohne Begründung verweigert worden. Die Namen der Betroffenen sind:

- Apolo Heringer Lisboa
- Mauricio Vieira de Paiva
- Wilson Egidio Fava Chisse
- Carlos Baumfeld Minc
- Carlos Alberto Vieira Muniz
- Liszt Benjamin Vieira Aragon
- Raul Moura Ellwanger
- Carmen Helena Heringer Lisboa
- Marcia Savaget Fiani
- Jorge Lazarte Rojas
- Eduardo Augusto Fernandez Reimao
- Maria Angela Carvalho Oliveira
- Joao Carlos Garcia Bona
- Joel J. de Carvalho
- Daniel J. de Carvalho

Der Hochkommissar für Flüchtlingsfragen der Vereinigten Nationen, Oldrich Hasselmann, der sich in Argentinien aufhält, hat eine Liste der besonders gefährdeten Flüchtlinge in Argentinien zusammengestellt; unter diesen besonders gefährdeten Flüchtlingen befinden sich die oben genannten 15 Personen.

Die Freie Universität Berlin und die Technische Universität Berlin haben in Anbetracht ihrer beruflichen Qualifikation einer Reihe von Flüchtlingen Arbeitsverträge und Stipendien bereitgestellt. Unter den 15 Flüchtlingen, denen das Visum verweigert worden ist, haben die ersten sieben genannten Personen Stipendien bzw. Arbeitsverträge an der Freien Universität Berlin zur Verfügung gestellt bekommen, Anträge von weiteren Flüchtlingen sind an der Technischen Universität in Bearbeitung. Die Freie Universität Berlin und die Technische Universität Berlin haben damit auch ein unmittelbares Interesse und Fürsorgepflicht gewonnen und hatten nach Kenntnisnahme der Visumverweigerung in einem Telex das Bundesministerium des Inneren in Bonn um eine Begründung für die Visumsverweigerung gebeten. Eine solche Begründung ist bis heute nicht gegeben worden.

Die Freie Universität Berlin und die Technische Universität Berlin halten in Anbetracht der bedrohlichen Lage, in der sich die genannten Flüchtlinge befinden, eine Überprüfung der Visumverweigerung für notwendig, und fordern die Bundesregierung auf, diesen Flüchtlingen das Visum zu erteilen um ihnen die Einreise zu ermöglichen. Die Freie Universität Berlin und die Technische Universität Berlin werden die Universitäten der Bundesrepublik aufrufen, sich mit diesem Appell solidarisch zu erklären.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Wittkowsky)

Präsident der Technischen Universität Berlin

(Lax)

Vizepräsident der Freien Universität Berlin



Ein „Deutsch-Chilenischer Freundeskreis“ übergab jetzt den ersten Scheck

# CDU-Politiker sammeln für Junta

Heinrich Gewandt, Freiherr Kühlmann-Stumm und Erich Mende gehören dazu  
Chiles Konsul in Bayern an der Spitze der „Hilfsaktion“ für Generale Santiagos

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN ULY FOERSTER

**BONN** — Bekannte CDU-Bundestagsabgeordnete und konsularische Vertreter in der Bundesrepublik unterstützen aktiv die chilenische Militärdiktatur des Generals Pinochet.

In einem Rundschreiben haben sich die CDU-Parlamentarier Heinrich Gewandt und Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm, sowie der chilenische Konsul für Bayern und Baden-Württemberg, Fritz Bohmmüller, zu einer Spendenaktion für die Regierung der Generale in Santiago aufgerufen und bisher bereits 49.000 DM gesammelt. Ein erster Scheck über 25.000 DM wurde nach Angaben Bohmmüllers bereits „im Rahmen eines schlichten Feierakts“ dem Junta-General Mendoza überreicht.

Über die Hintergründe berichtet unser Korrespondent.

Schaltstellen der „Hilfsaktion“ sind der Bonner „Deutsch-Chilenische Freundeskreis e.V.“ und der „Hamburger Cordillerenverein e.V.“. Beide Organisationen werden in Personalfunktion von Konsul Fritz Bohmmüller geleitet. In Vorstand und Präsidium des Bonner Clubs leisten ihm die CDU-Abgeordneten Heinrich Gewandt und Freiherr von Kühlmann-Stumm Gesellschaft. Über die Arbeit des Freundeskreises sagt Bohmmüller: „Das ist ein unpolitischer Club“. Der Konsul aber räumt ein, daß die Arbeit der Freunde „während der Allende-Zeit natürlich stagniert hat“. Jetzt aber will man wieder „mehr tun“. Eine erste Aktion ist bereits abgeschlossen: Bohmmüller, seine Mitkonsuln Kurt Adolff (Aachen) und Oswald Dreyer-Eimbecke (Kiel), der inzwischen aus der Bundeswehr ausgeschiedene frühere Münchner Standortkommandant Oberst Dieter Fiechtner, Kühlmann-Stumm und Gewandt unterzeichneten als Vorstand des Freundeskreises einen Spendenaufruf für den Wiederaufbau der chilenischen Landwirtschaft. Ein erster Scheck von 25.000 Mark wurde dem Junta-General Mendoza bereits übergeben. Bohmmüller und Kühlmann-Stumm sind Besitzer von Landgütern in Chile.

Die Spenden kamen von direkt angeschrriebenen „Freunden und Mitgliedern“. Mitglieder des Freundeskreises sind auch der CDU-Abgeordnete Erich Mende und der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Heinz Kühnle. Der Admiral „weiß nicht mehr genau“, wie lange er schon Mitglied des Freundeskreises ist und auch nichts von einem politischen Engagement des Kreises, „das kann ich mir auch gar nicht vorstellen“.

Der Freundeskreis hat sich bisher nämlich hauptsächlich mit der Organisation von deutsch-chilenischen Begegnungen beschäftigt. Der Kreis wird traditionell von dem jeweiligen chilenischen Botschafter in Bonn angeführt, zu Zeiten Allendes von Botschafter Federico Klein. Als Klein nach dem Putsch aus dem Präsidium des Kreises ausschied, gab auch der einzige SPD-Prominente seine Mitgliedschaft zurück: Staatssekretär Hans Matthöfer. Gewandt, der „kein Blatt vor den Mund zu nehmen“ braucht, über den Verein: „Die waren alle schon früher nicht besonders Allendefreundlich“.

Der Hamburger „Cordillerenverein e.V.“ besitzt denselben Telefonanschluß (33 91 81) und dieselbe Adresse (Hamburg, Raboisen 5) wie die Vertretung der chilenischen Luftfahrtgesellschaft LAN. Schlüsselfigur dort ist der Mitvorsitzende und Konsul für Chile in Kiel, Oswald Dreyer-Eimbecke, der zugleich Generalagent für die LAN und damit Garant für billige Chile-Flüge ist. Der Cordilleren-Verein verteilte jüngst ein Flugblatt, in dem auch für Jugendaustausch-Reisen nach Chile geworben wurde, die der Bayerische Landesjugendring seit drei Jahren organisiert. Im Landesjugendring allerdings kennt niemand den „Cordilleren-Verein“. Der Zweite Jugendring-Präsident und Münchner DGB-Chef Xaver Senit sagte, man werde sich hüten, mit juntafreundlichen Vereinigungen zu kooperieren.

## „Freundlicher Umgangston“

Der Cordilleren-Verein zeichnet sich, außer mit solchen eigenmächtigen Annäherungsversuchen an etablierte Organisationen, durch propagandistische Aktivitäten aus, die in der Verbreitung einer Broschüre des „Deutsch-Chilenischen Bundes“ in Santiago gipfeln. Textauszug: „Ein freundlicher Umgangston herrscht wieder überall.“

Mende, der Mitglied des Freundeskreises, nicht aber des Cordilleren-Vereins ist, verurteilte gegenüber unserer Zeitung „die Verbrehen gegen die Menschlichkeit“, rechtfertigt das „eingreifen“ der bewaffneten Ordnungsmacht „aber“, „wenn es das letzte Mittel ist, ein Land vor dem Chaos zu bewahren“. Mende befürwortet auch die Weitergabe von „Informationsmaterial“, weil „in unserem Land einseitig über die Ereignisse informiert wurde“. Gewandt zeigte öffentlich Verständnis für die Auffassung — die auch Bohmmüller mit ihm teilt — daß der Putsch „ein erforderlicher Akt der Notwehr“ gewesen sei. Kühlmann-Stumm dagegen will sich nicht festlegen: „Ob das ein Akt der Notwehr war, kann ich von hier aus nicht beurteilen.“ Aber: „Das Militär hätte das meiner Ansicht nach getan, wenn die Verfassung nicht ernsthaft gefährdet gewesen wäre.“ Von Verbreitung von „Informationsmaterial“ weiß Kühlmann-Stumm nichts.

## 250 Mitglieder

Der 1965 gegründete Freundeskreis und damit im wesentlichen auch sein Hamburger Pendant hat 250 Mitglieder (Monatsbeitrag mindestens zwei Mark), darunter allein rund 20 Offiziere oder ehemalige Offiziere der Bundeswehr (Gründungsmitglied Generalleutnant z. D. Albert Schurz), außerdem Industrielle, Kaufleute, Ministerialbeamte und nicht Konsuln für Chile in der Bundesrepublik.

**NÜRNBERGER NACHRICHTEN**  
12.2.74

Lehrstuhls zu der Bericht der ... mit dem "Monsieur von Chile" ... als ... für die ... Interessen Chiles und nicht die ... vertreten. Ebenso würde er sich ... für ... Anhänger der früheren ...

Daß diese ... die pure ... ist, ... werden soll, ... neutralität ... und ... für den ... beweis ... der neuen ... Vortrag, ... die Junta ... und den Sozialismus ...

## Der US-IMPERIALISMUS in Chile



## Menschen und Gorillas

Menschenrechte im Würgegriff der Militärjunta in Chile

Die folgenden Ausführungen sind eine Zusammenfassung der Berichte, die die Internationale Juristen-Kommission, Amnesty International und eine Studiengruppe der Christdemokratischen Partei unter Vorsitz P. Aylwins und J. Castillos über die Rechtslage in Chile erstellten. Sie ist über die Information hinaus - vor allem gedacht als Grundlage für Protestschreiben und -resolutionen, die aus der Bundesrepublik nach Chile, an internationale Organisationen usw. gerichtet werden.

### 1. Verfassung, Menschenrechte, Kriegsrecht

Die Militärjunta hat nach dem Putsch vom 11. September 1973 die chilenische Verfassung aus dem Jahre 1925 außer Kraft gesetzt. Die allgemeine Rechtsnorm ist der Militärjustizkode vom Jahre 1926, erweitert durch das Gesetzes-Dekret Nr. 5 vom 22.9.1973, mit welchem die Junta für Chile den Kriegszustand erklärt. Dies bedeutet, daß die ordentliche Gerichtsbarkeit in ihrer Gesamtheit von der Junta den Militärgerichten zugewiesen wird. Revisionsinstanzen wie Berufungsrecht sind damit ausgeschlossen.

Die chilenische Verfassung sieht für die Erklärung des Kriegsrechtes, wie sie von der Junta vorgenommen wurde, die Bedrohung durch einen äußeren Feind vor, eine Bedrohung, die für Chile nicht bestand. Der Versuch der Junta, die Erklärung des Kriegszustandes nach chilenischem Recht zu rechtfertigen, ist somit hinfällig.

Über den Bruch der Verfassung hinaus verstößt die Junta gegen drei internationale Verträge, die vom chilenischen Staat ratifiziert worden sind: die Charta der Vereinten Nationen und die Abkommen der Vereinten Nationen über wirtschaftliche, soziale, bürgerliche und politische Rechte.

### 2. Strafverfolgung und Prozeß

Die gesamte Strafverfolgung ist unter Berufung auf den Kriegszustand der Militärgerichtsbarkeit übergeben worden. Die Militärgerichte setzen sich zusammen aus Offizieren der Streitkräfte: ein Beisitzer ist gleichzeitig Ankläger, Untersuchungsrichter und Staatsanwalt, der das Strafmaß beantragt. Ein anderer Offizier bestimmt das Strafmaß und verkündet das Urteil. Nach Urteilsbeschuß muß der militärische Provinzgouverneur das Urteil ratifizieren; eine Berufung ist ausgeschlossen.

Der Häftling hat in der Regel nach Kenntnis der Anklage 48 Stunden Zeit bis zum Prozeß, um einen Anwalt zu bestellen und mit ihm die Verteidigung vorzubereiten. Dabei ist es Aufgabe des Angeklagten, seine Unschuld zu beweisen. Das Plädoyer des Verteidigers darf 15 Minuten nicht überschreiten, muß schriftlich vorliegen und wird nach seiner Verlesung nicht diskutiert.

### 3. Strafdelikte

Nach chilenischem Recht darf niemand ohne richterliche Verfügung verhaftet noch ohne gerichtliche Untersuchung in Haft gehalten werden. Ein Rechtsverstoß liegt nur dann vor, wenn seine Strafbarkeit vorher öffentlich bekanntgemacht wurde - eine strafrechtliche Rückwirkung ist ausgeschlossen.

Dies bedeutet, daß bis zum 22.9.1973 nur die ordentlichen Gerichte strafrechtliche Kompetenz haben; eine Aburteilung von Delikten bis zu dieser Zeit von Militärgerichten ist unzulässig.

Zur Verfolgung vor allem von politischen Führern der Unidad Popular bedient sich die Junta des Strafgesetzes von 1874 zur Verurteilung wegen angeblicher Veruntreuung, öffentlicher Mittel, Übergriffe auf das Eigentum, usw.

### 4. Festnahmen, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen

Aufgrund des Kriegsrechts kann jeder Bürger ohne Begründung festgenommen werden. Da kein Haftbefehl notwendig ist, weiß der Betroffene nicht, welche Behörde für seine Festnahme verantwortlich ist. Jeder Angehörige der Streitkräfte kann Festnahmen vornehmen.

Ohne Ankündigung oder Gerichtsbeschuß kann jede Wohnung durchsucht werden.

In den Fällen von Festnahmen und Verhaftungen weiß die Familie oder Verwandtschaft zumeist nicht, wohin der Verhaftete gebracht worden ist. Diese Ungewißheit dauert häufig bis zu zehn Tagen, da das Militär die Auskunft verweigert.

Solange die Ermittlungen gegen den Verhafteten andauern, gibt es keine Möglichkeit eines Rechtsbeistandes. Es liegt im Ermessen der Behörden, den Zeitraum der Ermittlungen beliebig festzusetzen: in der größten Zahl der Fälle mehrere Monate. Somit ist es einem Verteidiger unmöglich, sich von den Haftbedingungen, möglichen Foltern, usw. eines Mandanten zu informieren.

### 5. Verteidigung

Aufgrund des Dekrets Nr. 6286 der Militärjunta werden alle Gefängnisdirektoren und Strafvollzugsbehörden ermächtigt, Rechtsanwälte, die die Häftlinge als Verteidiger benennen, zurückzuweisen und selbst die Verteidiger zu wählen.

### 6. Öffentlichkeit der Prozesse und Pressezensur

Nach Art. 196 des Gesetzes über Militärgerichtsbarkeit muß jeder Prozeß öffentlich geführt werden, jeder Bürger muß der Verhandlung beiwohnen können. Die einzige Ausnahme dieser Regelung besteht bei Bedrohung des Staates durch einen äußeren Feind, die im Falle Chiles nicht gegeben ist. Gegen diese Bestimmung hat die Junta den Ausschluß der Öffentlichkeit bei den Prozessen verfügt.

Alle Prozesse unterliegen einer scharfen Pressezensur: über Gerichtsverhandlungen darf nicht öffentlich berichtet oder diskutiert werden. Niemandem ist es erlaubt, mit den Rechtsanwälten zu sprechen, da sie selbst den Angehörigen ihrer Mandanten gegenüber zur Geheimhaltung verpflichtet sind.

7. Militärgerichtsbarkeit und Oberster Gerichtshof

Nach dem Gesetz ist nur bei einem Krieg mit auswärtigen Mächten die Kompetenz des Obersten Gerichtshofes eingeschränkt. Im Falle des inneren Bürgerkrieges bleibt der Oberste Gerichtshof höchste gerichtliche Instanz und Kontrollorgan.

Trotz des Rechts- und Verfassungsbruches durch die Militärjunta ist der Oberste Gerichtshof untätig geblieben, nimmt er seine rechtlichen Kompetenzen als oberste Berufungs- und Revisionsinstanz nicht wahr.

Die Proteste aus dem Ausland und bei den internationalen Organisationen gegen die totale Willkür der Militärgerichtsbarkeit in Chile, den Bruch der Verfassung und der von Chile ratifizierten internationalen Verträge durch die Militärjunta hat einerseits zu einer zunehmenden Isolation Chiles bei den internationalen Organisationen geführt, andererseits in Chile gefördert, daß Vertreter selbst der äußersten Rechten die Wiedereinführung der ordentlichen Gerichtsbarkeit gefordert haben. Wesentlich vom Druck aus dem Ausland hängt es ab, ob diese Forderung die Junta auch in Chile zunehmend isoliert.

ABSCHAFFUNG DES KRIEGSRECHTS UND WIEDERHERSTELLUNG DER ORDENTLICHEN RICHTSBARKEIT!

SCHLUSS MIT DEN TODESURTEILEN UND FOLTERN!

FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN!

EINHALTUNG DER INTERNATIONALEN VERTRÄGE ÜBER DIE MENSCHENRECHTE!



Chilenisches Konzentrationslager 1973

**ÄRZTE: Solidaritätskampagne**

Dieser Nummer liegt ein Faktenblatt bei, in dem auf Folter, Massaker und Prozesse hingewiesen wird, die in Chile an der Tagesordnung sind. Neben über diesen brutalen Verstößen gegen die Menschenrechte führen Gewerkschaften und bestimmte Berufsgruppen Solidaritätskampagnen für ihre chilenischen Kollegen durch. Hier zwei Beispiele: Die Aktion des Gewerkschaftler und die der Ärzte:

Frankfurt/Main, den 8.2.1974

An das  
Präsidium der  
Bundesärztekammer  
Arbeitsgemeinschaft der  
Westdeutschen Ärztekammern

5 Köln 41  
Postfach 410220

An den  
Präsidenten der  
Bundesärztekammer  
Herrn Prof. Dr. med. H.-J. Sewering

Sehr geehrter Herr Präsident!  
Sehr geehrte Herren Kollegen!

Unter Berufung auf die in der ärztlichen Berufsethik verankerten Prinzipien ärztlicher Kollegialität wenden wir uns an Sie mit der dringenden Bitte um kollegiale Unterstützung der nicht geringen Zahl gegenwärtig verfolgter chilenischer Ärzte. Diese Ärzte werden von der jetzigen Regierung, die durch einen Militärputsch zur Macht gelangte und seit ihrer Herrschaft die Prinzipien der Menschenrechte und Demokratie mißachtet, an der Ausübung ihres Berufs gehindert, in Konzentrationslager verschleppt und gefoltert oder gar erschossen:

- Sei es weil sie Anhänger der demokratisch legitimierten Regierung Salvador Allende Gossens sind,
- sei es weil sie sich ihrem ärztlichen Gewissen und dem Humanismus verpflichtet fühlen und sich für die Gesundheit ihres Volkes und die Rechte der Kranken in hohem Maße einsetzen.

Es ist nicht viel, was wir für diese Kollegen, deren Schicksal uns nicht unberührt läßt, tun können. Dies wenige jedoch, sollte im Interesse der Menschlichkeit und der Glaubwürdigkeit unseres Berufsstandes getan werden.

Wir bitten Sie, diesen Brief und die beiliegende Liste oder, wenn es Ihnen möglich ist, eine noch vollständigere Liste der verfolgten, gefolterten und ermordeten Kollegen im Deutschen Ärzteblatt veröffentlichen zu lassen. Soweit dies in Ihren Kräften steht, bitten wir Sie, auch darauf hinzuwirken, daß die ärztlichen Standesorgane, Verbands- und Fachzeitschriften,

ein Gleiches tun, damit die ärztliche Öffentlichkeit erfährt, in welcher Weise unsere chilenischen Berufskollegen von der Militärjunta behandelt werden.

Diese Liste wurde im November 1973 in Caracas/Venezuela erstellt und später von chilenischen Ärzten korrigiert; sie ist keineswegs vollständig, da Informationen nur schwer zu erhalten sind. Die Amnesty international, bei deren Frankfurter Büro wir angefragt haben, würde Ihnen auf Wunsch weitere Dokumente über das Ausmaß der Verfolgungen in Chile zur Verfügung stellen.

Wie uns mitgeteilt wurde (siehe dazu auch die französische Zeitung "Le Monde" vom 23./24.9.1973) hat die Militärjunta Proskriptionslisten von Ärzten anfertigen lassen, in denen die Kollegen nach drei Kategorien eingeteilt werden:

Gruppe A: Die "sicheren" Ärzte, die am Streik gegen die Regierung Allende teilgenommen haben.

Gruppe B: Diejenigen, die aus humanitären Gründen weitergearbeitet haben.

Gruppe C: Die Anhänger der Regierung Allende.

So schwer es uns fällt, dies zu glauben, so gibt es doch Hinweise dafür, daß das Colegio medico, die chilenische Ärztekammer, dazu gezwungen wird, an diesem unwürdigen und unehrenhaften Vorgehen durch die Herausgabe derartiger Listen indirekt mitzuwirken.

Wir richten deshalb an Sie, sehr geehrte Herren Kollegen, die Bitte, sich, da Eile geboten scheint, unverzüglich an die Menschenrechtskommission der UNO, an den Weltärztebund, an die Chilenische Ärztekammer und die Verantwortlichen der Militärjunta zu wenden und darauf hinzuwirken, daß die auf der Insel Dawson inhaftierten, im Konzentrationslager Chacabuco befindlichen und in anderen Lagern festgehaltenen Kollegen ihre Freiheit wieder erhalten, daß die Mißhandlungen unterbleiben, keine weiteren Ermordungen stattfinden, die berüchtigten Proskriptionslisten vernichtet werden und alle Kollegen, die dies wünschen, die Möglichkeit zum Verlassen des Landes erhalten.

Eine kleine Gruppe chilenischer Kollegen hat in der BRD Asyl gefunden. Wir fühlen uns verpflichtet, ihnen und ihren Familien mit Rat und Tat behilflich zu sein, damit sie sobald wie möglich und unter Vermeidung administrativer Verhörerung Wohnungen und angemessene Arbeitsplätze erhalten. Bitte tragen auch Sie Ihrerseits durch entsprechende Hinweise an die Kammern und die Kassenärztlichen Vereinigungen oder durch Maßnahmen nach Ihrem eigenen Ermessen dazu bei, daß das Los dieser exilierten Kollegen erleichtert wird.

mit kollegialen Grüßen!

## DGB - Hessen : Solidarität mit Chile

Frankfurt/M., den 11. Febr. 1974

Zum 21. Jahrestag der Gründung des chilenischen Gewerkschaftsbundes CUT gibt der Vorstand des DGB-Landesbezirks Hessen folgende Erklärung ab:

Am 12. Februar 1953 wurde in Chile der Gewerkschaftsbund "Central Unica de Trabajadores de Chile" (CUT) gegründet. Diese Organisation beruht, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, auf den demokratischen Prinzipien der Einheitsgewerkschaft.

Die CUT, die eine über hundert Jahre alte Tradition der chilenischen Arbeiterbewegung fortsetzte, war eine der wichtigsten Stützen der Regierung Allende.

Nach dem blutigen Militärputsch vom 11. September 1973 wurde diese Organisation brutal zerschlagen.

Der Präsident der CUT und tausende von Gewerkschaftsfunktionären wurden und werden bis heute ermordet, brutal gefoltert und in Konzentrationslagern und Gefängnissen unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten. Über hunderttausend ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre verloren ihren Arbeitsplatz, hundert flohen ins Ausland.

Die CUT wurde verboten und das gesamte Gewerkschaftseigentum beschlagnahmt. Damit sind die chilenischen Arbeitermassen weitestgehend schutzlos den Willkürakten der Militär-Junta und den Interessen ihrer Hintermänner ausgeliefert.

Diese Entwicklung in Chile hat klare Parallelen mit einem der dunkelsten Punkte in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1933 durch den Faschismus gleicht fatal den Ereignissen in Chile.

Nach Informationen von Zentralvorstandsmitgliedern der CUT, die als Emigranten zur Zeit in Hessen leben, hat sich fünf Monate nach dem Militärputsch der Terror gegen Gewerkschaftsfunktionäre und andere demokratische Kräfte in Chile nicht vermindert, sondern durch die Perfektionierung der Terrormaßnahmen weiter verschärft.

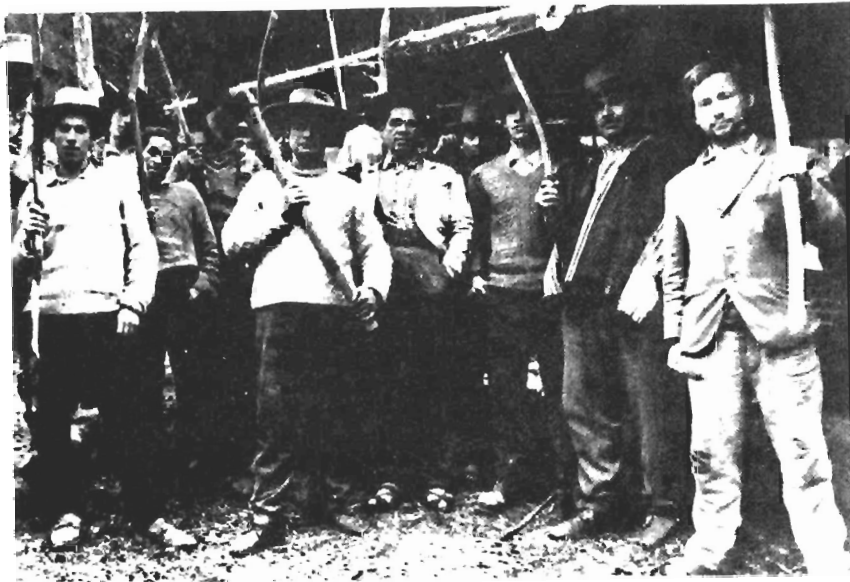
Aus Anlaß des 21. Jahrestages der Gründung der CUT fordert der Vorstand des DGB-Landesbezirks Hessen erneut:

- Die Freilassung von Rolando Calderon, des letzten Vizepräsidenten der CUT und von Jorge Gody, dem ehemaligen Präsidenten der CUT und aller politischen Gefangenen in Chile.
- Die Wiederzulassung der CUT und die Rückgabe des beschlagnahmten Gewerkschaftseigentums.
- Die ungehinderte Einreise einer Delegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach Chile, damit diese sich selbst über die Situation der politischen Gefangenen und die wirtschaftliche und soziale Situation der arbeitenden Bevölkerung informieren kann.

Darüber hinaus appelliert der DGB-Landesbezirksvorstand an alle Mitglieder der Einzelgewerkschaften, weiterhin die Solidaritätsaktion gegen den faschistischen Terror in Chile zu verstärken.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß insbesondere die Deutsche Botschaft in Santiago ihr Asylrecht aufrecht erhalten kann, damit weitere politisch Verfolgte das Land verlassen können.

(DGB Pressedienst  
Deutscher Gewerkschaftsbund-Landesbezirk Hessen  
Nr. 11/74)



## Ein Stundenlohn für Chile

### Konkrete Erfahrungen in einem Betrieb

Fünf Monate wütet nun der Terror der Junta in Chile. Das chilenische Volk braucht weiterhin und dauerhaft unsere Solidarität. Besonders wichtig ist die materielle Unterstützung. Um es nicht bei gelegentlichen Spenden auf Solidaritätsveranstaltungen bewenden zu lassen, hatten sich Kollegen eines Berliner Industriebetriebes auf einer Betriebsversammlung im Oktober letzten Jahres verpflichtet, einen Stundenlohn pro Woche für Chile zu spenden, solange die Junta an der Macht ist.

Diesen Vorschlag habe ich an meinem Arbeitsplatz in der wöchentlich stattfindenden Konferenz eingebracht. Nahezu alle Kollegen stimmten dem Vorschlag zu. Inzwischen konnten wir schon viermal vierhundert Mark auf das Chile-Konto überweisen. Das Bewußtsein, tätige Hilfe zu leisten, indem jede Woche eine Stunde konkrete Arbeit für Chile geleistet wird, hält den Gedanken an den Kampf des chilenischen Volkes wach.

Ich bin davon überzeugt, daß auch in anderen Betrieben eine derartige Aktion Anklang finden würde.

rep



Das Komitee "Solidarität mit Chile" (c/o DGB, 1 Berlin 31, Koblenzer Str. 4) hat einen Satz mit 12 Postkarten "Politische Gemalerei in Chile vor dem Putsch" herausgebracht. Das obige Motiv ist dem Postkartensatz entnommen. Der Satz ist zum Solidaritätspreis von DM 5,- plus Porto (in Briefmarken, Bareid, Schesk oder Überweisung auf Solidaritätskonto Postscheckkonto Berlin West 300037-100, Eilfriede Kohut) erhältlich, per HeinerKiss aus dem Verkauf der Postkarten geht nach Chile.



**CHILE-KAMPAGNE IN DER SCHWEIZ**

Am Samstag, dem 16.3.74, findet in Bern/Schweiz eine nationale Demonstration gegen die Einführung des Visumzwangs für politisch verfolgte Chilenen durch den schweizer Bundesrat statt. Diese Maßnahme der schweizer Regierung wendet sich in einschneidender Weise gegen die Unterstützung politisch verfolgter Chilenen durch eine beispielhaft vorbereitete und organisierte, als "Freiplatzaktion" bekanntgewordene Solidaritätsbewegung in der Schweiz, die über deren Grenzen hinaus für die europäische Solidarität mit den politisch verfolgten Chilenen von Bedeutung ist.

Wir drucken hier einige Erläuterungen zur Aktivität der schweizerischen "Freiplatzaktion" zusammen mit einer Resolution des Chile-Komitees Zürich zur Kampagne gegen die Einführung des Visumzwangs für Chilenen in der Schweiz ab. Zugleich fordern wir alle Chile-Komitees der BRD und alle Individuen auf, sich mit der Bitte um Aufhebung des Visumzwangs direkt an den schweizerischen Bundesrat zu wenden.

Die schweizerische "Freiplatzaktion" versucht, durch die Bereitstellung von Unterkünften und Arbeitsplätzen, durch Geldsammlungen für Flüge aus Chile und durch Kontaktaufnahme mit privaten chilenischen Hilfsorganisationen die weitere Aufnahme politisch verfolgter Chilenen in der Schweiz sicherzustellen. Diese Aktion wird vom schweizerischen Gewerkschaftsbund, anderen gewerkschaftlichen Gruppen, der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, Amnesty International, Terre des Hommes und anderen Organisationen sowie von zahlreichen Individuen unterstützt. Innerhalb eines Monats wurden im Rahmen dieser Aktion über 2 000 Freiplätze für chilenische Flüchtlinge zur Verfügung gestellt (vgl. den Brief von Max Frisch in der FR vom 8.3.74, S.2)

Anfang Februar reiste eine Delegation der Freiplatzaktion nach Chile, deren Bericht die verzweifelte Lage der politisch verfolgten in Chile nochmals bestätigte. Die Delegation sah sich mit Hunderten von Briefen und Besuchen von Hilfesuchenden konfrontiert, aus denen sich in übereinstimmender Weise das gleiche Bild ergibt: "Verhaftung, Folter, Verhör, Freilassung, erneute Verhaftung und jedesmal die Angst, daß man das nächste Mal nicht mehr davonkommt".

Die schweizerische Delegation kehrte andererseits mit dem Eindruck aus Chile zurück, daß die Bewerksstellung der Ausreise politisch verfolgter Chilenen möglich ist und knüpfte selbst Kontakte, um die Verfolgten außer Gefahr zu bringen. Diese Maßnahmen funktionieren. Die Ausreise weiterer Flüchtlinge auf Kosten der "Freiplatzaktion" ist bis ins Detail vorbereitet.

Durch die Einführung des Visumzwangs wird die Arbeit der "Freiplatzaktion" äußerst erschwert; sie richtet sich gegen die politisch verfolgten Chilenen selbst, für die unter der allgegenwärtigen Junta-Kontrolle ein Visumgesuch in der schweizerischen Botschaft in Santiago ein Risiko auf Leben und Tod sein kann.

Der Protest der schweizerischen "Freiplatzaktion" gegen die Einführung des Visumzwangs für Chilenen muß deshalb die Unterstützung aller finden, denen die Rettung der politisch verfolgten Chilenen ein Anliegen ist.

**EINEN STUNDENLOHN FÜR CHILE**

**SPENDET FÜR  
DEN SIEG  
DER CHILENISCHEN  
ARBEITERKLASSE**

**Pschk. Berlin-West, Elfriede Kohut, Nr. 380 087 - 108  
Kennwort: Hilfe für Chile**

**Deutsche Bank, 8 München, Kurfürstenplatz,  
Konto -Nr. 35 - 53062. Sonya Patrick-Larthe**

Resolution des Chile-Komitees Zürich

Am 23.2. hat die schweizerische Regierung die Visumpflicht für Chilenen eingeführt.

Während Massenverhaftungen, standrechtliche Erschießungen, Folterung, Verbannung, Denunziation zur täglichen Realität in Chile gehören, während Entlassungen aus politischen Gründen Tausende in Hunger und Elend stürzen, verfügt der schweizerische Bundesrat mit einem Federstrich die Visumpflicht für Chilenen, um die weitere Einreise von Flüchtlingen zu blockieren. Dies angesichts von über 3 000 Freiplätzen, die von der schweizerischen Bevölkerung für Flüchtlinge aus Chile angeboten wurden.

Nachdem in den letzten Wochen mehrere Chilenen von der Schweizer Grenze zurückgewiesen wurden mit der zynischen Begründung, sie hätten fälschlicherweise angegeben, als Touristen in die Schweiz zu reisen, soll die Einführung der Visumpflicht diese Praxis legalisieren.

1940 wurde dieselbe Maßnahme gegen die deutschen Juden eingeführt. Damals wie heute wurde zur Rechtfertigung angeführt, es handle sich nicht um "wirkliche Flüchtlinge". Unter dem Druck der internationalen Empörung über die faschistischen Verbrechen wurde die Schweizerische Regierung später zur Selbstkritik an dieser Asylpolitik gezwungen, die den Ruf der Schweiz als traditionelles Asylland zersört hatte.

Die internationale Meinung darf auch heute nicht schweigen. Wir fordern die Regierungen, die politischen und humanitären Organisationen aller Länder auf, gegen die Maßnahmen der Schweizerischen Regierung zu protestieren. Wir unterstreichen damit gleichzeitig die Forderung auf unbeschränkte Asylgewährung für chilenische Flüchtlinge.



So schmückten Teilnehmer einer Chile-solidaritätsdemonstration aus Anlaß der Ankunft des chilenischen Botschafters in Frankreich am 21.2.74 die Botschaft der Junta in Paris. Der Botschafter in der Bundesrepublik wird ebenfalls in Kürze erwartet!

**INFORMATIONEN**

DIE TERMINE DER NÄCHSTEN WESTDEUTSCHEN BZW. WESTEUROPÄISCHEN VORBEREITUNGSSITZUNGEN FÜR DIE INTERNATIONALE CHILE-DEBATTEN:

Das nächste westdeutsche Koordinationstreffen sollte ursprünglich unmittelbar vor dem für den 16./17. März 74 geplanten westeuropäischen Koordinationstreffen stattfinden, d.h. am 15.3.74. Da das westeuropäische Organisationskomitee zu seiner Sitzung am 2./3. März beschlossen hat, das nächste westeurop. Koordinationstreffen auf den 30./31. März 74 zu verlegen, schlagen wir vor, das westdeutsche Treffen entsprechend am 29. März (abends) stattfinden zu lassen. Diese Terminverschiebung scheint uns sowohl hinsichtlich der weiteren koordinativen Vorbereitungen als auch für die Erstellung der Diskussionspapiere sinnvoll zu sein. Also: am 29. März 74 um 18 Uhr und am 30. März vormittags treffen sich die Vertreter der westdeutschen und des westberliner Chile-Komitees sowie der politischen Organisationen. Am 30. und 31. März 74 - Beginn am Samstag, den 30. um 14 Uhr - findet dann die westeuropäische Koordinationssitzung statt. Beide Treffen werden in Frankfurt am Main stattfinden.

Vom 22. bis 24. März 1974 wird in Helsinki ein internationales Tribunal stattfinden, um die Verbrechen der chilenischen Junta anzuklagen. Folgende drei Schwerpunkte stehen zur Debatte:

- die Verschörfung gegen das Volk und die regierte Regierung Chiles sowie der ausländische Einsatz bei der Vorbereitung und Ausführung des Mordes
- die von der Junta begangenen Verbrechen gegen die Menschenrechte
- die Situation der politischen Gefangenen und der politischen Flüchtlinge.

Außer in Berlin sind zur Zeit die Namen von über 50 Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen und Qualifikationen aus Chile bekannt, die dringend einer Vermittlung an eine deutsche Universität oder andere Institution bedürfen.

Zum überwiegenden Teil befinden sie sich in einer außerordentlich prekären finanziellen und sozialen Situation, da sie weder in Chile noch in anderen lateinamerikanischen Ländern eine Arbeitstätigkeit finden.

Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass alle bestehenden Rückstellungen ausgeschöpft werden, die ihnen ein menschenwürdiges Leben garantieren.

Wir fordern alle Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen auf, finanzielle Mittel bereitzustellen und den aus Chile vertriebenen Wissenschaftlern durch eine Beschäftigung in der Lehre, durch Einrichtung wissenschaftlicher Forschungsprojekte, durch Bereitstellen von Graduierten- und Postgraduiertenstipendien die Weiterführung ihrer wissenschaftlichen Arbeit sicherzustellen.

Kontaktadresse: Dr. Urs Müller-Plantenberg, Lateinamerika-Institut,  
1 Berlin 33, Breitenbachplatz 2

Am 1. Februar wurde die letzte Ausgabe des weit über Uruguay hinaus bekannten, linksgerichteten Wochenmagazins "MARCHA" beschlagnahmt. Grund dieser Polizeiaktion war die Veröffentlichung einer Erzählung von Winston Nelson Barra mit dem Titel 'Der Leinwächter' (El Guardapalco), die die Ermordung eines Polizeioffiziers zum Inhalt hat. Vor vier Jahren war in Montevideo der Polizeichef Hector Moran von Stadttouristen wegen Folterungen angeklagt und ermordet worden. Die Kurzgeschichte hatte den Literaturpreis der Zeitschrift für das Jahr 1973 gewonnen. Mitglieder der Jury, der Autor und zwei Journalisten von "MARCHA" wurden inzwischen verhaftet. Die Regierung Uruguays kündigte jetzt an, daß die nächsten 4. Ausgaben von "MARCHA" nicht erscheinen dürfen.